1.2023

WEIT WINKEL

SODI!

Wir sind nicht der Rand
– Teilhabe und Ermächtigung

Schattenwirtschaft und Steuergerechtigkeit

CHRISTOPH TRAUTVETTER

Engagierte Jugend in Irak-Kurdistan

KARIN MLODOCH

Ein Zentrum für Teilhabe in Taschkent

MARINA TEPERINA

Inhalt

3 **Teilhabe kommt vom Teilen**
Mario Pschera

4 **Gesichter der Ungleichheit**
Katja Hujo

7 **Wirtschaften im Kriegsgebiet**
Interview mit Naum Butoto Bigiri

10 **Care Economy: Wirtschaft neu ausrichten**
Mario Pschera

11 **Leben mit Hoffnung**
Marina Teperina

14 **Auf halbem Weg: Wo nachhaltige Entwicklung noch an illegitimen Finanzflüssen scheitert**
Christoph Trautvetter

17 **Von Panzern und Traktoren**
Stephan Müller

19 **Wenn die Farben in die Stadt zurückkehren**
Karin Mlodoch

WEITERLESEN:

6 Um-Care. Wie Sorgearbeit die Wirtschaft revolutioniert

13 Solidarisch füreinander sorgen. Ein Leitfaden für diese Krise (und die nächste)

Liebe Leser*innen

»Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen: friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.« So lautet das UN-Nachhaltigkeitsziel Nr. 16, auf das die Beiträge dieses »Weitwinkels« eingehen und aus denen ein Aspekt deutlich herauszulesen ist: auf starke Institutionen, Gerechtigkeit und friedlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt kann nicht gewartet werden. Strukturelle Veränderung und deren institutionelle Verankerung entsteht nicht aus sich selbst heraus. Im Gegenteil, es braucht pragmatisches, die soziale und politische Teilhabe aller einforderndes zivilgesellschaftliches Engagement und Handeln. Die Geschichte einer Autorin dieses Heftes ist hierfür exemplarisch:

Marina wurde selbst aktiv, sie wollte ihren behinderten Sohn nicht verstecken, ihr Leben nicht auf ihr Haus reduzieren, um ihn zu beaufsichtigen. 1997 gründete sie in Taschkent die Elterninitiative »Umidvorlik« (Leben mit Hoffnung) für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Diese lernen seither in der Gruppe ihren Tage zu strukturieren, den eigenständigen Umgang mit alltäglichen Herausforderungen und sich in der Stadt zu bewegen. Gemeinsame Unternehmungen und Lernerfahrungen heben ihr Selbstwertgefühl und helfen ihre Widerstandskraft zu festigen. Die Elterninitiative »empowert«, sie bestärkt Menschen wie Marinas Sohn darin, die eignen Stärken einzusetzen, an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen, ohne sich als stigmatisiert und am Rande der Gesellschaft stehend wahrzunehmen. Denn die größte Behinderung ist nicht die der Kinder und Jugendlichen, sondern sind die geschlossenen Strukturen von Gesellschaft, staatlichen Institutionen und vor allem der Wirtschaft, die ein selbstbestimmtes Leben be- und verhindern!

Vierundzwanzig Jahre arbeitete »Umidvorlik« bereits mit Menschen mit Behinderungen und ihren Familien, ehe Usbekistan im Juni 2021 schließlich das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifizierte. Nun wird auch staatlicherseits an Mechanismen gearbeitet, die Inklusion von behinderten Menschen in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt umzusetzen, die anwaltschaftliche Arbeit von Marina und ihren Mitstreiter*innen findet Gehör, wenn sie staatliche Stellen auffordern, Inklusion als Querschnittsaufgabe institutionell zu verankern. Ihre Erfahrungen sind auf einmal geschätzt und gefragt. Warten auf die Ratifizierung des Übereinkommens, geschweige denn auf dessen Umsetzung, hätte Marinas Sohn nicht können und nicht sollen. Dank der Initiative seiner Mutter und Gleichgesinnter haben er und andere Teilnehmende der Initiative ihre gesellschaftliche Teilhabe längst eingefordert und verwirklicht. Einige sind heute erwerbstätig, und Marinas Sohn versteckt sich nicht, im Gegenteil, er steht auf der Bühne und spielt Theater.

Marinas Beispiel zeigt, wie wichtig die persönliche Initiative ist, wie unentbehrlich zivilgesellschaftliches Engagement, öffentlicher Druck und Einmischung für unmittelbare wie auch strukturelle Veränderungen sind. Teilhabe und Inklusion, Gerechtigkeit und Verringerung von Ungleichheit sind nichts, was automatisch kommt, sondern wie die Demokratie selbst: hart erkämpft und immer wieder zu verteidigen. Unser täglicher persönlicher Einsatz hierfür ist unerlässlich.

SODI unterstützt mit seinen Projekten solche Menschen, die mutig für diese Ziele, oftmals bei Inkaufnahme großer persönlicher Risiken, eintreten. Von diesen Menschen und ihrem Tun hängt die Gestaltung einer gerechteren Zukunft entscheidend ab.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Anna Goos
Geschäftsführerin SODI

Foto Titel: HueFO

EDITORIAL

Teilhaben am Leben, an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen ist für viele Menschen immer noch keine Selbstverständlichkeit. Denn dafür müssen Macht- und Vermögensverhältnisse verändert werden.

Teilhabe kommt vom Teilen

Keine Wahlwerbung, keine Unternehmensbeschreibung oder Festrede kommt heutzutage noch ohne das Wort »Partizipation« aus. Es gehört schon zum festen rhetorischen Handwerkszeug in unserer Gesellschaft. »Teilhabe«, um das Wort in den Alltagsgebrauch zu übersetzen, ist allerdings nicht ein so billiger Gemeinplatz, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Denn Partizipation beinhaltet sowohl das Einbringen eigener Fähigkeiten, Ideen, Leistungen als auch das Profitieren von den Ergebnissen dieses Einbringens, ohne buchhalterisch strikte Verrechnung von Leistung und Gegenleistung. Partizipation heißt Mitbestimmung, wie und wofür man sich in eine Gesellschaft einbringt. Das ist alles andere als banal: Das allgemeine Wahlrecht, unabhängig von gesellschaftlichem Stand und Vermögensverhältnissen, musste erkämpft werden, das Frauenwahlrecht sowieso, das Recht auf freie Berufswahl, das betriebliche Mitbestimmungsrecht, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung, Mitbestimmung bei der Stadtplanung oder nur bei der unmittelbaren Wohnumgebung, der eigenen Lebensgestaltung unter Berücksichtigung der Interessen der anderen.

Teilhaben beinhaltet das Teilen; Menschen müssen Verfügungs- und Entscheidungsmacht abgeben, Interessenskonflikte in oft mühsamen und langwierigen Prozessen ausgehandelt werden. Jede und jeder, die/der sich schon mal in einer Nachbarschaftsversammlung, im Plenum einer politischen Gruppe oder in Kommunal- und Landesvertretungen Tage und Nächte um die Ohren geschlagen hat, weiß, dass das zumeist keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung ist. Manchem und mancher ist schon das Ausfüllen eines Wahlzettels zu viel. Und doch stellt sich ein befriedigendes Gefühl ein, wenn sich nach all den Diskussionen ein Ergebnis findet, mit dem alle oder zumindest die meisten leben können. Und wenn sich daraus konkrete Verbesserungen ergeben, die allen zugute kommen.

Teilen ist in der Natur des Menschen, dafür ist er ein soziales Wesen, das ohne Gemeinschaft nicht existieren kann. Teilen ist aber auch etwas, was einem Teil der Menschheit sichtlich schwer fällt. Vermögen, Privilegien, Macht zu teilen, ist für jene, die sich aus dem Gefühl von Auserwähltheit, Gewohnheit, Gier und Selbstüberschätzung über andere erhaben wähnen, eine gruselige Vorstellung. Der Platz an der Sonne oder auf dem größten Geldhaufen gebührt den Tüchtigen und/oder den in der richtigen Familie oder wenigstens ins richtige Volk Geborenen. Und dieser Platz gehört mit Zähnen und Klauen verteidigt, ob man dazu Söldner oder gewissenlose Rechtsanwält*innen und Steuerberater*innen losschickt oder eine Religion oder Ideologie dafür in Dienst nimmt. Die Dummheit und letztliche Vergeblichkeit dieser Bemühungen hat schon Shakespeare in seinen Königsdramen gezeichnet. Der Mensch ist und bleibt ein soziales Wesen, das nicht losgelöst von der Natur existieren kann. Das führen uns die dramatischen Veränderungen des Klimas, die katastrophalen sozialen Verwerfungen nicht nur im Globalen Süden vor Augen. Das Ignorieren fremden Elends, das Ausbeuten sämtlicher Ressourcen, die Vernichtung von Lebensraum von Mensch, Tier und Pflanze hat die Grenzen der Folgenlosigkeit für die Profiteure überschritten. Um des Überlebens willen wird die Menschheit sich mit Partizipation und gemeinwohlorientiertem Handeln von zerstörerischen Handlungsmustern lösen müssen. Und das wird nicht die Aufgabe der Führer und Gurus sein, die schon genug Schaden angerichtet haben, sondern einer solidarischen planetarischen Gesellschaft, in der jede Erfahrung und jeder Beitrag zählt, in der jedes kleine Dorf den gleichen Stellenwert wie die große Metropole hat. Oder, um George Tabori zu zitieren: in der jeder jemand ist.

In dieser Ausgabe des »Weitwinkel« lassen wir deshalb Christoph Trautvetter über Strategien gegen Steuerflucht sprechen und Katja Hujo denkt über einen neuen bürgerschaftlichen Gesellschaftsvertrag nach. Überlegungen zur Einbindung der schlecht oder gar nicht bezahlten und dabei unentbehrlichen Care-Arbeit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung korrespondieren mit Bildern aus der Projektarbeit in der Demokratischen Republik Kongo. Und nicht zuletzt zeigen die Beispiele aus Usbekistan, der Autonomen Region Kurdistan-Irak und der Ukraine, dass Marginalisierung nicht unabwendbar, sondern rückgängig zu machen ist und schlechte Verhältnisse nicht so bleiben müssen, wie sie sind.

MARIO PSCHERA ist Redakteur des Magazins WEITWINKEL und freier Medienschaffender in Berlin und Wien.

Foto: CTRD

KATJA HUJO

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit bremst das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen aus

Gesichter der Ungleichheit

Der Bericht des Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung

Rasant ansteigende wirtschaftliche Ungleichheit ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, darin sind sich viele Akteure – von Oxfam, dem World Economic Forum bis zum Internationalen Währungsfonds – einig. Ungleichheit ist nicht nur ein Problem, das soziale Gerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigt, sondern sie hat auch negative Auswirkungen auf wichtige Entwicklungsindikatoren wie Wachstum, Stabilität, Armutsbekämpfung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung und Beschäftigung.

Weniger bekannt ist jedoch, dass Ungleichheit sowohl die Ursache als auch der Verstärker zahlreicher Krisen ist — wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ökologischer Art, und somit unsere Welt instabiler und weniger nachhaltig macht. Die beispiellose Konzentration von Vermögen und Einkommen durch Einzelpersonen und mächtige Unternehmen ist dabei eng mit unserem derzeitigen Wirtschaftssystem und dem Zeitalter der neoliberalen Hyperglobalisierung verbunden, welches den Profit über Umwelt und das Wohl von Menschen stellt.

An dieser Situation konnten bisher auch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die 2015 im Kontext der »2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung« vereinbart wurden, wenig ändern. Zwar wurde mit »SDG 10« (Sustainable Development Goal 10 – Nachhaltiges Entwicklungsziel 10) zum ersten Mal in der Geschichte der UN beschlossen, wirtschaftliche Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern zu verringern und die Diskriminierung von benachteiligten sozialen Gruppen abzubauen, jedoch mit wenig konkreten Erfolgen in der Umsetzung. Der Trend zunehmender Ungleichheit innerhalb vieler Länder seit Anfang der 1980er Jahre, dem Beginn der neoliberalen Wende, konnte, mit wenigen Ausnahmen, nicht gestoppt werden. Letztendlich haben die Covid-19-Pandemie sowie die jüngsten inflationären Tendenzen und Preiserhöhungen im Energie- und Lebensmittelsektor sogar zu einem Anstieg der extremen Armut geführt, während die Reichsten der Welt ihr Vermögen weiter ausbauen konnten. Auch die Ungleichheit zwischen den Ländern hat im Jahr 2022 zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten wieder zugenommen und sich damit dem negativen Trend stetig wachsender Ungleichheit innerhalb von Ländern angeglichen. Allerdings war die davor gefeierte Einkommenskonvergenz zwischen dem Globalen Süden und Norden vor allem das Ergebnis des starken Wachstums großer Schwellenländer wie China und Indien.

Foto: UGEAFI

Vor diesem Hintergrund hat der Bericht des UNRISD (Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung) »Krisen der Ungleichheit. Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag« sich zum Ziel gesetzt, die verschiedenen Krisen der Ungleichheit zu analysieren, soziale, politische, ökologische und wirtschaftliche Konsequenzen aufzuzeigen und politikrelevante Lösungsvorschläge anzubieten. Eine der Hauptthesen des Berichtes ist, dass die zahlreichen Krisen und zunehmende Ungleichheiten miteinander verknüpft sind. Ungleichheit verursacht Krisen, und Krisen verschärfen das Problem der Ungleichheit, ein Teufelskreis entsteht. Dieser Zusammenhang gilt sowohl für Wirtschafts- und Finanzkrisen, die Krise des Klimawandels, des Verlusts der biologischen Vielfalt, der Umweltverschmutzung und der Ressourcenverschwendung, die sich mittlerweile über zwei Jahrhunderte entwickelt und alarmierende Kipppunkte erreicht hat; für die Sorgekrise (care crisis), die sich in einer unverhältnismäßig hohen Belastung vor allem der Frauen mit unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit und einer Unterbewertung von Sorgedienstleistungen auf dem Markt äußert; sowie für zahlreiche politische Krisen, die durch zunehmende Machtasymmetrien, eine Ablehnung demokratischer Werte und Menschenrechte, schwindendes Vertrauen und eine erodierende staatliche Legitimität sowie ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Protesten und gewaltsamen Konflikten gekennzeichnet sind.

Die Covid-19-Pandemie hat die Krisenproblematik weiter verschärft: Mehr als hundertzwanzig Millionen Menschen sind in extreme Armut geraten, Millionen von Menschen von Arbeitslosigkeit und Lohnverlusten betroffen, Kinder und Jugendliche mit enormen Bildungslücken konfrontiert und Länder des Globalen Südens durch mangelnden Zugang zu Impfstoffen, Gesundheitsdienstleistungen und fiskalischen Mitteln in ihren Entwicklungsbestrebungen zurückgeworfen.

Das Zeitalter der Ungleichheit: Intersektionale Ungleichheiten und Macht

Um Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, muss sie besser verstanden werden. Armut und Ungleichheit im Zusammenhang mit der Gruppenidentität, zum Beispiel ethnische oder geschlechterbasierte Diskriminierung, verstärken sich gegenseitig, wenn sie zusammentreffen, was als Intersektionalität bezeichnet wird. Überlappende Privilegien sind die andere Seite der Medaille: Eine kleine Minderheit, die obersten ein Prozent der Vermögensbesitzer*innen und Einkommensbezieher*innen, häufen unverhältnismäßig viele Ressourcen und Macht an. Im Jahr 2022 akkumulierten 1,2 Prozent der Erwachsenen weltweit fast fünfzig Prozent des globalen Reichtums, während dreiundfünfzig Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung nur 1,1 Prozent des Reichtums besaßen.

Diese Konzentration von Reichtum ist unter anderem deshalb so problematisch, weil wirtschaftliche Ungleichheiten, die sich im Zuge der neoliberalen Globalisierung seit den 1980er Jahren bis heute immer weiter verschärft haben, Machtasymmetrien und Elitenherrschaft fördern. Das heißt, sie beeinträchtigen nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg eines Landes, sondern sind auch eine Herausforderung für die demokratische Regierungsführung.

Soziale Ungleichheiten zwischen Gruppen aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, Behinderung, Staatsbürgerschaft und anderen Merkmalen beruhen auf Hierarchien und reproduzieren diese durch die Anwendung diskriminierender Regeln und Praktiken. Diese horizontalen Ungleichheiten gehen häufig mit Armut und einem Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen einher und wirken sich negativ auf Menschen, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit aus. Marginalisierte Gruppen schneiden bei Sozialindikatoren in der Regel schlechter ab, wobei sich überschneidende Formen der Ungleichheit die Vulnerabilität (Verletzlichkeit, Gefährdung) noch verstärken.

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten fördern ihrerseits politische Ungleichheiten und umgekehrt, da Eliten Einfluss und Macht akkumulieren, um ein System zu erhalten und zu verewigen, das den Wenigen auf Kosten der Vielen zugutekommt.

Auf dem Weg zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag: Akteur*innen, Bündnisse und Strategien

Im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung haben zunehmende Ungleichheiten und vielfältige Krisen die bestehenden Gesellschaftsverträge in verschiedenen Kontexten untergraben: von wohlfahrtsstaatlichen Sozialverträgen im Globalen Norden, die gleichberechtigtere Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und eine Ausweitung sozialer Rechte anstrebten, bis hin zu entwicklungsstaatlichen Sozialverträgen im Globalen Süden, die den Aufbau von Nationen, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern sollten. Die jüngste Geschichte zeigt auch, dass Gesellschaftsverträge neu ausgehandelt werden, wenn sich der Kontext ändert oder wenn Verträge ihre Legitimität und Unterstützung verlieren. Länder haben an Scheidepunkten, zum Beispiel als Reaktion auf politische Regimewechsel, Forderungen der Bürger*innen und soziale Kämpfe, neue Gesellschaftsverträge beschlossen und dabei eine Vielzahl institutioneller und politischer Reformen eingeleitet.

In Anbetracht der miteinander verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen, mit denen wir weltweit konfrontiert sind, fordern viele Akteur*innen, auch der UN-Generalsekretär António Guterres, die Schaffung eines neuen Gesellschaftsvertrags, der einen breiten Konsens für nachhaltige Entwicklung widerspiegelt. Der UNRISD-Forschungsbericht argumentiert, dass unser Gesellschaftsvertrag nicht nur inklusiver, sondern auch ökologischer werden muss – ein ökosozialer Gesellschaftsvertrag. Dieser soll dazu beitragen, eine Reihe von Beziehungen neu zu gestalten, die stark aus dem Gleichgewicht geraten sind – die Beziehungen zwischen Staat, Bürger*innen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, zwischen Menschen und der natürlichen Umwelt. Der Vertrag sollte darauf abzielen, hegemoniale Geschlechterrollen und im Patriarchat verwurzelte Beziehungen neu zu gestalten, historisch gewachsene Ungerechtigkeiten zu beseitigen und die Solidarität auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene zu stärken.

Neue ökosoziale Gesellschaftsverträge sollten inklusiver, gerechter und nachhaltiger gestaltet werden. Dafür schlägt der UNRISD-Bericht sieben Leitlinien vor: Menschenrechte für alle, progressive Fiskalverträge, transformierte Volkswirtschaften und Gesellschaften, ein Vertrag für die Natur, Aufarbeitung historischer Ungerechtigkeiten, Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität.

Ein neues Entwicklungsmodell für soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit

Um die Ursachen der multiplen Krisen, der intersektionalen Ungleichheiten und der mangelnden Nachhaltigkeit anzugehen, braucht es allerdings mehr als normative Leitlinien. Die Umsetzung von neuen ökosozialen Gesellschaftsverträgen erfordert politische und institutionelle Reformen. Der Bericht schlägt ein Modell vor, das auf einem integrierten 3-Säulen-Ansatz beruht:

– alternative Wirtschaftsansätze, die Umwelt- und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und die Beziehungen zwischen Staat, Markt, Gesellschaft und Natur neu ausbalancieren,

– transformative Sozialpolitik, die universelle soziale Dienstleistungen und Sicherungssysteme inklusive Sorgesysteme garantiert und durch einen fairen Steuervertrag finanziert wird, sowie

– ein neu entworfener Multilateralismus und gestärkte Solidarität, die auf eine Stärkung des Globalen Südens und der globalen Zivilgesellschaft abzielen.

Politische Umsetzung

Die Schlüsselfrage ist, wie wir die politische Unterstützung und die finanziellen Mittel mobilisieren können, die für die Umsetzung dieser Vorschläge in die Praxis erforderlich sind.

Die UNRISD-Forschung hat gezeigt, dass eine Kombination aus fortschrittlicher, demokratischer politischer Führung, die sich am Gemeinwohl und am öffentlichen Interesse orientiert, und Druck von unten durch protestierende Bürger*innen, fortschrittliche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, unterstützt von multilateralen Organisationen und Rahmenwerken, einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigeren und inklusiveren Entwicklungsansätzen leisten kann. Künftige Strategien und Reformvorschläge müssen sich auf gründliche Analysen, pluralistisches Wissen und Erkenntnisse, Lehren aus früheren Erfahrungen und Lösungen stützen, die für spezifische Kontexte geeignet und durchführbar sind und über einen längeren Zeitraum Bestand haben.

Anstatt Blaupausen anzuwenden, müssen wir alternative Lösungen identifizieren und testen, indem wir Kreativität, Vorstellungskraft und Fähigkeiten von Experten und Expertinnen, Unternehmer*innen, politischen Entscheidungsträger*innen, Bürger*innen und Träger*innen von traditionellem Wissen und Weisheit nutzen. Diese neuen Politiken und institutionellen Reformen müssen die Werte und Ziele widerspiegeln, die in neuen ökosozialen Gesellschaftsverträgen vereinbart wurden. Sie müssen unterstützt werden von einem wachsenden Kollektiv von Ideenentwickler*innen und Akteur*innen, das Silos überwindet und sich gemeinsam einer Vision für eine Zukunft verpflichtet fühlt, die auf den universellen Grundsätzen von Gerechtigkeit, Gleichheit und Nachhaltigkeit beruht.

Der UNRISD-Bericht ist online nachlesbar unter: https://cdn.unrisd.org/assets/library/reports/2022/full-report-crises-of-inequality-2022.pdf

KATJA HUJO
ist Senior Forschungskoordinatorin am Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung

Weiterlesen

Warum hängt der Welthaussegen so schief? Diese Frage würde man nicht unbedingt im Düsseldorfer »Handelsblatt. Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung« gestellt vermuten, wo noch ganz klassisch Wirtschaftsnachrichten mit politischem Überbau veröffentlicht werden. Ina Prätorius und Uta Meier-Gräwe verfassten von September 2020 bis August 2022 für die Zeitung Kolumnen, in denen sie der »höheren« Trias Geld, Gewinn und Geopolitik mit ihren Betrachtungen zu den Dienstboteneingängen, Küchen und Putzkammern der »richtigen« Wirtschaft in ihrer Abgehobenheit trockene Fakten aus dem richtigen Leben, das heißt, der Mehrheit der Bevölkerung entgegenhalten. Wobei die trockenen Fakten gar nicht so trocken daherkommen, sondern knackig und pointiert. Und so manches Zitat und manche Formulierung haben schon Popqualitäten: »Der US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith hatte Recht mit seiner sarkastischen Einschätzung: Die im Übergang zur Industrialisierung vollzogene Verwandlung der Frauen in eine heimliche Dienerklasse des Mannes war ›eine ökonomische Leistung ersten Ranges.« Mit leichter Hand entzaubern die Autorinnen gewichtige Formulierungen des Wirtschaftssprechs – Humankapitalverlust ist so ein Unwort – und nehmen die oft menschenfeindlichen Konzepte dahinter auseinander. Worthülsen und Verständnissimulation für die »hart arbeitenden Menschen« sind Strategien zur Vermeidung ernsthafter politischer Auseinandersetzung und daraus resultierender Veränderung. Im Zweifel wirkt die tägliche Dosis Börsennachrichten vor der Tagesschau auch bewusstseinsbildend; deshalb ist dieses Büchlein mit den sechzig Kolumnen, die selten mehr als zwei Buchseiten einnehmen, als Bettlektüre (oder als morgendlicher Begleiter bei der U-Bahnfahrt) ein nützliches Antidot. Bewusst haben die Autorinnen die kurze Form der Kolumne beibehalten, damit auch Leser*innen mit knappem Zeitbudget und Erschöpfung von der (Care-)Arbeit sich dem Vergnügen dieser durchaus anregenden Lektüre hingeben können. Denn nicht nur werden Wirtschaftsfragen behandelt, die ganz praktische, und meist ungute Auswirkungen auf unser Leben haben, sondern auch die lieben Kolleg*innen Ökonom*innen durch den Kakao gezogen, die sich im Elfenbeintürmchen verbunkern. Oder wie Prätorius die Aussage eines Kollegen paraphrasiert: »Was Geld einbringt, ist Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft, befriedigt also per Definition Bedürfnisse. Was außerhalb des Geldkreislaufes stattfindet, ist eine unförmige Masse von diversen Tätigkeiten und Nichttätigkeiten, die man sich besser nicht genauer anschaut, weil man sonst vielleicht mehr Steuern zahlen muss.«

Ina Prätorius und Uta Meier-Gräwe
Um-Care. Wie Sorgearbeit die Wirtschaft revolutioniert
Patmos Verlag 2023, 160 S., kt., 19,00 Euro

INTERVIEW MIT NAUM BUTOTO BIGIRI

Die Demokratische Republik Kongo ist reich an Bodenschätzen. Das weckt Begehrlichkeiten nicht nur bei den Nachbarn. In der Folge hält der Krieg seit Jahrzehnten an. Die Menschen geben trotzdem nicht auf und kämpfen für eine nachhaltige Entwicklung.

Wirtschaften im Kriegsgebiet – Krisenbewältigung durch Selbsthilfe im Kongo

Was waren die Anfänge Ihres Projektes, die »Vereinigung der Bildungs- und Aktionsgruppen für die Entwicklung von Fizi-Itombwe« (UGEAFI)?

Die UGEAFI wurde offiziell am 30. März 1990 gegründet, um einer drohenden Hungersnot in den Minembwe-Hochebenen der Demokratischen Republik zu begegnen. Anfänglich bestand die UGEAFI aus sieben Verbänden der Viehzüchter von Minembwe und Itombwe, die jedoch uneinheitlich und gegeneinander agierten.

Ursprünglich bildeten zwischen 1978 und 1988 die Viehzüchter des Hochlandes von Minembwe-Itombwe diese Verbände, um kurzfristige Lösungen für ihre Probleme in der Weidewirtschaft zu finden. 1989 organisierte das »Regionale Bildungs- und Entwicklungsprogramm« (PREFED – Programme Régional de Formation et Développement) einen Workshop zur Umstrukturierung dieser Verbände, aus dem eine übergreifende Organisation mit dem Namen »Verband der Viehzüchter und Landwirte von Fizi-Itombwe« (»Groupement d›Eleveurs et Agriculteurs de Fizi-Itombwe«) entstand.

Leider fanden aber diese Organisationen nicht die erhofften Lösungen für die dringensten Probleme, da sie nur für sich arbeiteten, ohne notwendige Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung, noch dazu inmitten einer politischen Krise[1] und der Abwertung der zairischen Währung[2]. Infolgedessen hatten sie Schwierigkeiten, langfristig zu überleben und sich zu entwickeln. Deshalb bauten wir 1994 den Verband zu einer Nichtregierungsorganisation (NRO) im Bereich der Entwicklungsarbeit um. Unser Ziel war es, uns von den rein repräsentativen Gruppierungen zu lösen und die Entwicklungs- und humanitäre Arbeit auf einer wesentlich tragfähigeren Grundlage neu zu starten. Nach einem einjährigen Diskussionsprozess wurden die Idee von einer NRO unter dem Dach der UGEAFI im Juni 1995 angenommen, die faktische Auflösung des Dachverbandes der Viehzüchterverbände beantragt und dessen Vermögenswerte in die neugeschaffene Struktur überführt.

Folgende Ziele setzte sich die UGEAFI mit ihrer Neugründung: die Begleitung des Friedensprozesses und eine gute Regierungsführung in ihrem Aktionsradius; die Erhöhung der Familieneinkommen durch die Steigerung der landwirtschaftlichen und weidewirtschaftlichen Produktion sowohl in Qualität als auch Qualität; einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der technischen- und Berufsausbildung in ihrem Einsatzgebiet zu leisten; den Zugang zu sanitären Einrichtungen, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hygiene für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu verbessern; einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten; grundlegende sozialpädagogische Strukturen zu fördern und die Selbsthilfe von Frauen zu fördern.

1 Mit Ende des Kalten Krieges musste Langzeitherrscher Mobutu demokratische Zugeständnisse machen, gleichzeitig beförderte er ethnische Spannungen und Konflikte. Ab 1994 kamen Hunderttausende von Flüchtlingen aus dem benachbarten Ruanda, dazu noch flüchtige Soldaten und Milizionäre. Mehrere Rebellionen mündeten in den Kongokrieg 1998.

2 Das Land hieß von 1971 bis 1997 Zaire, die gleichnamige Währung wurde 1967 eingeführt und 1997 wieder in Franc benannt.

Fotos: UGEAFI

UGEAFI ist in den Provinzen Süd-Kivu und Nord-Kivu im Osten des Landes aktiv. Was kennzeichnet das Leben dort?

Das Leben in der Provinz Süd-Kivu ist geprägt von Armut, mit einer Armutsquote von 84,7 %, die mehr als acht von zehn Haushalten betrifft, und einer Arbeitslosenquote, die höher ist als der nationale Durchschnitt und liegt bei 71,3 %. Die Bevölkerung in Süd-Kivu ist sehr jung, die Hälfte unter fünfzehn Jahre alt. Die Wirtschaft in Süd-Kivu ist hauptsächlich auf Landwirtschaft, Viehzucht, Handel, traditionellen Mineralienabbau und das Dienstleistungsgewerbe ausgerichtet. Die Landwirtschaft wird vor allem von nur unzureichend unterstützten landwirtschaftlichen Familienunternehmen auf kleinen Flächen, mit einfachen Werkzeugen, nicht optimiertem Saatgut und veralteten Anbaumethoden betrieben.

Was die Sicherheitslage angeht, so herrscht in Süd-Kivu seit 1994 Krieg, immer wieder kommt es zu bewaffneten Konflikten. Diese Situation hat zu dramatischen Folgen für den Alltag der Bevölkerung der Provinz geführt: Tausende von Toten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, zerstörte oder beschädigte Infrastruktur – Straßen, Brücken, Häfen, Schulen, medizinische Einrichtungen etc. – und wirtschaftliche Einrichtungen – Fabriken, Felder, Ställe und Weiden, touristische Parks, Freigehege für seltene Tierarten.

Praktisch sämtliche Haushalte haben keinen Zugang zu Elektrizität und Trinkwasser, und es gibt so gut wie keine kommunalen Dienstleistungen. Die Verkehrsinfrastruktur ist unzureichend und verschlissen, was den Personen- und Güterverkehr erschwert. Eine nur geringe Anzahl von Menschen, weniger als 30 %, hat Zugang zu angemessenen Hygiene- und Sanitäreinrichtungen. Diese Provinz weist eine niedrige Nettoeinschulungsrate in die Grundschulen von lediglich 53,3 % auf. Die Gesundheitsversorgung ist völlig unzureichend: Auf 100.000 Einwohner*innen kommen sechzehn Betten und auf 27.699 Einwohner*innen ein Arzt, was weit unter der WHO-Norm von einem Arzt pro 10.000 Einwohner*innen liegt. Die Kindersterblichkeitsrate ist sehr hoch (126 ‰) und liegt deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 92 ‰ bei fünfundsiebzig Todesfällen vor Erreichen des fünften Lebensjahres auf eintausend Lebendgeburten.

UGEAFI unterstützt unterschiedliche Gruppen sozial benachteiligter Menschen – die lokale Bevölkerung, die in Armut lebt, kongolesische Flüchtlinge aus anderen Provinzen, burundische Flüchtlinge. Mit welchen Problemen vor allem sind all diese sozialen Gruppen in den Projektgebieten von UGEAFI konfrontiert?

Alle von uns unterstützten sozialen Gruppen sind mit Problemen wie drohendem Hunger, der Zerrüttung der lokalen Wirtschaft, unzureichender finanzieller Ausstattung, fehlender grundlegender Infrastruktur, fortgesetzter Umweltzerstörung und fehlendem Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessenen Hygiene- und Sanitäreinrichtungen konfrontiert.

Konkret haben die Evaluierungen in Minembwe gezeigt, dass infolge der eingeschränkten landwirtschaftlichen Produktion und des unzureichenden Zugangs zu Kapital neunzig Prozent der Bevölkerung der Region unter Ernährungs- und Einkommensunsicherheit leiden und daher ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. Nur achtundzwanzig Prozent der Haushalte sind in der Lage, ihren Nahrungsmittelbedarf aus den Erträgen ihrer Felder zu decken – bei zwei Mahlzeiten pro Tag–, während achtundfünfzig Prozent der Haushalte gezwungen sind, Lebensmittel auf Märkten hinzuzukaufen, um den Grundbedarf zu decken. Lediglich zehn Prozent der Haushalte sind in der Lage, einen Teil ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu verkaufen und vom Erlös industrielle Waren zu erwerben.

Die burundischen Flüchtlinge und die Binnenvertriebenen von Minembwe haben massive Schwierigkeiten, ihre Familien zu ernähren und ihre Kinder auf eine Sekundarschule zu schicken, da es ihnen nicht nur an ausreichenden Anbauflächen für den Eigenbedarf mangelt, sondern auch an finanziellem Einkommen. Das ihnen von unserem Projekt zugewiesene Pachtland kann nur notdürftig ihren Bedarf decken, auch wenn es ihnen immerhin ermöglicht, etwas Gemüse und bestimmte Waren wie Salz und Seife zu kaufen.

Was unterscheidet die Situation von Frauen von der der Männer?

Insgesamt sind Frauen in unseren Projektgebieten mit Belastungen durch beeinträchtigende Praktiken des traditionellen Gewohnheitsrechts und den Folgen der durchlittenen Kriegssituation konfrontiert. Gewohnheitsrechtliche Gepflogenheiten lassen Frauen und Mädchen im Vergleich zu Jungen und Männern weniger Chancen. Bei der Bildung zum Beispiel werden die Jungs auf Kosten der Mädchen bevorzugt. So müssen Mädchen heiraten, um ihren Familien Vermögenswerte in Form des Brautgeldes zukommen zu lassen. Daher werden sie gezwungen, möglichst früh zu heiraten. Sobald sie – meist gegen ihren Willen – verheiratet sind, müssen Frauen hart arbeiten, um ihre jeweiligen Haushalte zu versorgen, ohne dass ihre Ehemänner ihnen dabei behilflich sein würden. Im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten werden Frauen Opfer verschiedener Arten von Gewalt, insbesondere aber sexualisierter Gewalt.

Die genannten Faktoren wirken sich negativ auf die Situation von Frauen aus. Sie verlieren ihr Selbstbewusstsein, ihnen wird vorgehalten, dass sie minderwertiger als Männer seien. Sie werden bei der Besetzung von Positionen, in denen wichtige Entscheidungen getroffen werden, kaum berücksichtigt und geraten zumeist in völlige Abhängigkeit von Männern.

Verbessern sich die Lebensbedingungen und Teilhabemöglichkeiten der verschiedenen Gruppen in Ihren Projektregionen?

Unsere Arbeit konnte wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinden in diesem Teil der Region beitragen, indem eine Sekundarschule (ISOKO-Schulkomplex) eingerichtet wurde, die in zwölf Jahren bereits 1.200 Schulabsolvent*innen hervorgebracht hat.

Unsere Arbeit basiert auf humanitären Grundsätzen wie »Do No Harm« [»Vermeide, Schaden anzurichten« – ein Konzept für konfliktsensible Planung und Durchführung von Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten wie auch für die Entwicklungszusammenarbeit], Neutralität, Unparteilichkeit und der Nichtabweisung von Bedürftigen. Neben der Einhaltung dieser humanitären Grundsätze arbeiten wir mit einem partizipativen Ansatz, der darin besteht, die Adressat*innen unserer Projekte in sämtliche Abläufe bei der Umsetzung einzubeziehen. Diese beiden Faktoren ermöglichen es uns, die tatsächlichen Probleme und Bedürfnisse aller Zielgruppen, insbesondere der sozial am stärksten benachteiligten, besser zu

erkennen und effektive und sachgerechte Lösungen dafür zu finden.

Ein konkretes Beispiel ist die erwähnte Einrichtung unserer Pilotschule »Minembwe Isoko Schulkomplex« in der Region Minembwe. Diese Initiative ist das Ergebnis einer Arbeitssitzung, die von den Gemeinden in Minembwe unter der Moderation von UGEAFI durchgeführt wurde. Sie wurden dabei unterstützt, die drängendsten Probleme in ihrer Umgebung zu erkennen und geeignete Lösungen zu erarbeiten. Als Ergebnis dieser Arbeit wurde ein Gemeindeentwicklungsplan mit verschiedenen Prioritäten erstellt, zu denen unter anderem qualitativ hochwertige Bildung gehört. Vor Einrichtung dieser Schule lernten viele Kinder gar nicht und andere legten Hunderte von Kilometern zurück, bis nach Baraka, Uvira, Bukavu oder Goma oder sogar in die Nachbarländer Ruanda und Burundi, um Schulen zu finden, in denen gute Bildung angeboten wird.

Darüber hinaus bekamen 200.000 Einwohner*innen von Idjwi, Flüchtlinge und Vertriebene aus Minembwe Zugang zu sauberem Trinkwasser, medizinischer Grundversorgung durch unsere beiden Kliniken, Saatgut und Ackergeräten, Chlor für neunzehn Gesundheitseinrichtungen zur Prävention und Eindämmung von Infektionen mit Cholera und Diarrhöe. Benachteiligte pygmäische Bevölkerungsgruppen[1] wurden in unseren Projektregionen in die verschiedenen Aktivitäten einbezogen.

Geflüchtete Frauen bekamen durch die Entwicklung von einkommensschaffenden Maßnahmen die Chance, ihre Ernährung zu sichern und minimale Grundbedürfnisse zu befriedigen und beispielsweise Damenbinden zur Verfügung gestellt. In Minembwe bekamen die Gemeinden Saatgut und Ackergeräte, sie stellten das Ökosystem durch Aufforstung der Hügel rings um ihre Dörfer wieder her und erschlossen sich neue Einkommensquellen.

Partizipation ist ein Prozess des gegenseitigen Lernens. Besonders in Randgruppen ist das Bewusstsein, dass es möglich ist, aus einer Sackgasse herauszukommen, kaum entwickelt. Wie kann dann deren Selbstvertrauen geweckt und gestärkt werden?

Der partizipative Ansatz erwies sich als durchaus geeignet, das Selbstvertrauen von marginalisierten Personen zu wecken und zu stärken. Denn durch diesen Ansatz, der generell von uns verfolgt wird, werden alle Zielgruppen, einschließlich der marginalisierten Personen, gleichberechtigt beteiligt. Dies führt dazu, dass sie sich wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen. Im Ergebnis entwickelt sich ihr Selbstvertrauen. Veranschaulicht wird dieser Ansatz anhand der Situation von etwa siebzig Prozent der Frauen, die sich in den Projektgebieten allmählich verbessert, da sie aktiv an der Umsetzung von Maßnahmen beteiligt sind. In den sozioökonomischen Strukturen nehmen sie mittlerweile gleiche Positionen wie Männer ein und treten dementsprechend selbstbewusst auf.

Was die »Pygmäen« betrifft, so wird dieser Ansatz derzeit erprobt, zumal es sich um eine Gruppe handelt, die in sämtlichen Lebensbereichen marginalisiert ist, was letztlich bedeutet, dass sie nicht einmal eigenes Land besitzen.[2] Im Moment sind wir dabei, auf verschiedenen Ebenen Lobbyarbeit zu betreiben, damit sie ihre Würde in den Gemeinden wiedererlangen und ihr Selbstbewusstsein stärken können. Die Sensibilisierungskampagne, um ihr Bewusstsein zu wecken und ihre Menschenwürde herauszustellen, wird durch ihre Beteiligung an allen unseren Aktionen vor Ort in Idjwi sichtbar. So wurden sie zum Beispiel an der Entwicklung von Trinkwasserquellen und -kanälen sowie der Ernährungs- und Einkommenssicherung beteiligt.

Wie sehen die lokalen und nationalen Behörden Ihre Projektarbeit? Arbeiten Sie mit den Behörden zusammen?

Bei unserer Arbeit berücksichtigen wir in unserem partizipativen Ansatz alle an den Vorhaben beteiligten Parteien. Insbesondere aus folgenden Gründen unterhalten wir gute Beziehungen zu den lokalen und nationalen Behörden: um unsere Projekte mit staatlichen Prioritäten möglichst in Einklang zu bringen, bei den Behörden für aktive Beteiligung an der Bewältigung der Probleme der Gemeinden zu werben und um sicherzustellen, dass die Projekte für unsere Zielgruppen zugänglich sind.

Wir organisieren in den Häusern oder auf den Feldern Informationsveranstaltungen über Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden, die sich hauptsächlich an die lokalen Verwaltungen richten, die potenzielle Partner für den Erfolg sind. Wir organisieren auch Veranstaltungen zur Rechenschaftslegung, bei denen die Behörden ihre Einschätzungen zur geleisteten Arbeit abgeben. Sie vergleichen die geleistete mit der geplanten Arbeit. Bei negativen Abweichungen geben sie Empfehlungen an die UGEAFI, die wir für die Weiterentwicklung berücksichtigen.

Auf nationaler Ebene unterstützen wir sogenannte Advocacy-Missionen, die UN-Delegationen zur Lageeinschätzung in Krisenregionen, um die tatsächliche Situation der Gemeinden in unseren Projektgebieten anschaulich zu machen. Diese Missionen schätzen die UGEAFI für ihre qualitativ hochwertige Arbeit und ermutigen uns, weiterzumachen.

NAUM BUTOTO BIGIRI
ist Leiter der Union des Groupes d'Etudes et d'Actions pour le développement de Fizi-Itombwe

1 Allgemeine Bezeichnung unterschiedlicher ethnischer Gruppen von Jäger*innen und Sammler*innen, die sich durch Kleinwüchsigkeit und eine hellere Hautfarbe von den Nachbarethnien unterscheiden und keine Eigenbezeichnung für ihre Gesamtheit haben. Die Benennung durch andere afrikanische Völker ist oft eher abwertend. Im Sozialgefüge stehen sie meist auf unterster Stufe und werden als billige Arbeitskräfte in faktischer Leibeigenschaft gehalten.

2 Mit der fortschreitenden Zerstörung des Regenwaldes wurden pygmäische Gruppen zwangsweise sesshaft gemacht, ihr Sozialgefüge zerbrach und (familiärer) Bodenbesitz blieb ihnen verwehrt.

Angelesen: Wirtschaft neu ausrichten!

Ein Gespenst geht um in Europa: die Care Economy als neues Schlagwort in der Debatte um ein nachhaltiges, teilhabeorientiertes, nicht wachstumsgetriebenes Wirtschaften. Angesichts der erbitterten Kämpfe um jeden noch so kleinen Fortschritt hin zu »umweltgerechter« Wirtschaftspolitik, die das Ende des fossilen Zeitalters einläuten soll, wirkt die Eröffnung eines neuen Schauplatzes wie ein klassischer Nebenwiderspruch, der doch bitteschön hintanzustehen hat bei der vorrangigen Lösung der Menschheitsfragen, zu denen die Adaption an den bereits eingetretenen Klimawandel und die Folgenabschwächung zweifelsohne gehören.

Die Überlegungen zur Care Economy sind jedoch weder neu noch exotisch. Die annähernde Übersetzung ins Deutsche lautet »Sorge- und Fürsorgewirtschaft«, womit das Gespenst schon alltagspraktisches Fleisch auf die Knochen bekommt. Sorge, Fürsorge und Pflege fängt beim noch nicht geborenen Menschen an und endet mit dessen Begleitung in den Tod und darüber hinaus. Sie ist so selbstverständlich, dass sie gar nicht einer Theoriebildung zu bedürfen scheint. Dabei steht sie am Anfang jeglicher Ökonomie – als Bewirtschaftung eines Hausstandes oder Hofes mitsamt dessen Bewohner*innen.

Dass »Care« dennoch in den gelehrten Wirtschaftswissenschaften nicht vorkommt, dürfte vor allem mit der gewollten Verengung der Theorie auf die Abbildung von Ware-Geld-Beziehungen, die Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsmitteln – und der Ausklammerung von Produktionsverhältnissen – zu tun zu haben. Ökonomische Leistungen und materielle wie immaterielle Werte sollen berechenbar durch Marktpreise sein, die in der Summe wie in ihren Bestandteilen (Arbeitsaufwand, Rohstoff- und Werkzeugeinsatz) bezifferbar und somit »objektiv« sind.

Die Autor*innen des Sammelbandes »Wirtschaft neu ausrichten!« lenken den Blick auf den sogenannten »Vierten Sektor«, die häusliche sowie Pflege-, Erziehungs- und Bildungs-, also Dienstleistungsarbeit im weitesten Sinne. Genauer gesagt, auf seine Abkoppelung von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Care Work ist sittliche Pflicht, Liebesbeweis, notwendiges Übel oder Ehrenamt. Das Bürgerliche Gesetzbuch formuliert es so: »Kinder und Eltern sind einander Rücksicht schuldig.« Das klingt nicht falsch, verdeckt aber, dass Arbeit zu leisten ist, die in das ökonomische Beziehungssystem einzupreisen ist. Würde die unbezahlte Arbeit in Löhnen beziffert und Produktivität als Begriff nicht auf die Herstellung von Waren reduziert, wäre der »Vierte Sektor« der größte in der gesamtwirtschaftlichen Volksrechnung. Mit dieser Einpreisung freilich würde sich das Preisgefüge erheblich verändern – Gewinnmargen würden verringert, ein umfassendes System fiskalischer Steuerung müsste Care-Arbeit »entlohnen« und alimentieren. Ökonomisch wäre es nur konsequent, sämtliche Rahmenfaktoren in die Wertberechnung einzubeziehen. Das würde allerdings nicht nur das gewinnorientierte Wirtschaftsmodell sondern auch die prestigeorientierten Wertvorstellungen von Arbeit über den Haufen werfen.

Genau wie durch die Vergesellschaftung von Umweltschäden bei privatwirtschaftlicher Ressourcenvernutzung ist durch die Abwertung und fehlende materielle Anerkennung von Care-Arbeit der gesellschaftliche Schaden enorm. Wenn etwa Geld und Personal für frühkindliche Bildungsstätten fehlen, hat das Auswirkungen: Einem Viertel der Schulkinder hierzulande mangelt es an elementaren Kenntnissen, Lehrlinge und Student*innen sind nur ungenügend auf Ausbildung, Studium und Berufspraxis vorbereitet, ein relevanter Teil von Schulabgänger*innen fällt völlig aus dem System. Zugleich werden händeringend Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen gesucht (etwa in Kitas), die im schlechtesten Fall durch Abwerbungen zuerst dem Globalen Süden verloren gehen. Der durch die Hartz-IV-Reformen geschaffene Niedriglohnsektor vor allem im Pflege- und Dienstleistungsbereich zeigte seine Schwäche spätestens in der Pandemiezeit.Was nutzen teure Medikamente und Apparate, wenn (schlecht bezahlte) Pflegekräfte die Arbeit nicht mehr bewältigen können und aussteigen?

Die Überlegungen des in Hamburg gegründeten unabhängigen Poliklinik-Netzwerkes gehen noch weiter: »Unser Konzept nennt sich ›Verhältnisprävention‹ und beschreibt präventive Maßnahmen, die auf die gesundheitsfördernde Veränderung von Verhältnissen statt auf das individuelle Verhalten abzielen. Darunter würde zum Beispiel nach gemeinsamer Feststellung von Problemen mit den Anwohner*innen das Schaffen einer verkehrsberuhigten Straße fallen, um den Lärmpegel und die Luftverschmutzung zu mindern. Unter dem Begriff lassen sich aber auch viele Forderungen und Vorhaben von sozialen Bewegungen fassen. Die Stilllegung von Kohlekraftwerken oder die Vergesellschaftung großer Immobilienfirmen würden eine Verbesserung der gesundheitsrelevanten Faktoren für eine Vielzahl von Menschen bedeuten. Ein Ende von Gentrifizierungsmechanismen, bezahlbarer Wohnraum und ausreichende Wohnungsgrößen entlasten nicht nur finanziell, sondern haben auch einen positiven Einfluss auf das persönliche Stresslevel, ermöglichen stabilere soziale Netzwerke und wirken sich so gleich mehrfach auf das individuelle Wohlbefinden aus.« Was wiederum die Kosten für Behandlungen und Arbeitsausfall signifikant senken würde.

Praktizierte Sorgewirtschaft hätte einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Vermeidung militärischer Konflikte und die Bekämpfung struktureller und kultureller Gewalt. Auch Kriege werden durch ihre Akteure in derzeit überwiegenden ökonomischen und sozialen Kategorien als lohnend oder nicht lohnend, gewinnorientiert bewertet. Würden die tatsächlichen Kosten an Mensch, Infrastruktur und Umwelt auf die Verursacher abgewälzt, ginge die Rechnung nicht mehr auf. Auch die Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen, d.h., ihre Nichtwertschätzung, birgt Konfliktpotenzial. Vor diesem Hintergrund ist Wertschätzung (und In-Wert-Setzung) der Sorge- und Fürsorgearbeit, die immer noch zumeist von Frauen geleistet wird, ein wesentlicher Faktor für stabile, auf Gleichberechtigung und Teilhabe beruhende gesellschaftliche Systeme in einer zu regenerierenden Umwelt. Nicht umsonst ist dies ein praktizierter Ansatz in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie nicht nur hier im »Weitwinkel« vorgestellt werden.

Mario Pschera

Uta Meier-Gräwe, Ina Prätorius,
Feline Tecklenburg (Hg.)
WIRTSCHAFT NEU AUSRICHTEN!
CARE-INITIATIVEN IN DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZ
Verlag Barbara Budrich 2023
306 Seiten, kt., 34,90 Euro

MARINA TEPERINA

Wurden früher Kinder mit Behinderungen in Kinderheime verbracht oder zuhause vor den Nachbar*innen versteckt, geht eine Elterninitiative in Usbekistan offensiv mit dem Thema Inklusion um.

»Leben mit Hoffnung« Ein Zentrum für Teilhabe in Taschkent

Das Förderzentrum für Kinder mit Behinderungen und ihre Familien »Umidvorlik« (Leben mit Hoffnung) wurde 1997 in der usbekischen Hauptstadt Taschkent auf Initiative von Eltern gegründet, die Kinder mit Behinderungen großziehen. Das war ein Gruppe von Eltern, zumeist mit höherer Bildung, die in dieser Organisation die Möglichkeit sahen, Einfluss auf die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder zu nehmen, um die Voraussetzungen für eine integrative Gesellschaft zu schaffen, in der es einen Platz für alle gibt, unabhängig von ihrer körperlichen und geistigen Konstitution.

Davon ausgehend, wurde zur wichtigsten Aktivität die Arbeit mit den Familien. Es ist unmöglich, ein Kind mit einer Behinderung losgelöst von der Familie zu betrachten. Wenn ein Kind mit einer Behinderung zur Welt kommt, ändert sich das Leben seiner nächsten Umgebung auf einschneidende Weise. Oft verlassen die Väter die Familie, Mütter müssen ihren Beruf aufgeben, um sich um dieses Kind zu kümmern, anderen Kindern wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt, es kommt zu Familienstreitigkeiten, der materielle Lebensstandard ändert sich, und manchmal geraten die Familien sogar in soziale Isolation.

Aus diesem Grund war und ist die psychologische Unterstützung für Familien in unterschiedlichster Weise ein wichtiger Bestandteil der Arbeit unserer Organisation. Wir bieten eine »Psychologische Elternuniversität« an, eine Einzel- und Familienberatung, Seminare und Trainings für Eltern wie die Geschwisterkinder, aber vor allem auch für Jugendliche und junge Menschen mit Behinderungen. Hinzu kommen an praktischen Angeboten für die Kinder mit Behinderungen, ihre Geschwister und Eltern Workshops für handwerkliche Arbeiten, Musikunterricht, Kunst- und Bewegungsunterricht, Pflanzenkunde und Kochkurse, Hauswirtschaft, Fotografie. Wichtig ist auch der soziale Umgang miteinander, der Erfahrungsaustausch und einfach nur die menschliche Zuneigung.

Die Vereinsmitglieder wurden so zu engen Freunden, zu einer großen Familie. Das Zentrum versucht, alle in der Stadt verfügbaren Ressourcen einzubeziehen, um die Lebensqualität der Familien zu halten und zu verbessern. Wir beziehen unsere Mitglieder in verschiedene gewerbliche Schulungsprogramme von nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen – in Fremdsprachen, Computer, Beruf – ein. Mit einigem Stolz können wir sagen, dass wir unserem selbstgewähltem Auftrag gerecht geworden sind: der sozialen Unterstützung für Kinder, Heranwachsende und junge Erwachsene mit unterschiedlichen Behinderungen und ihre Familien durch pädagogische, beratende und andere Entwicklungs- und Sozialisierungsprogramme.

Foto: Yuksalish/Umidvorlik

Unser Verein war einer der ersten im Land, der im Jahr 2000 das Thema der integrativen Bildung ansprach. Dank unserer Bemühungen wurden viele sogenannte nicht bildungsfähige Kinder, nicht wie früher nur in Hilfsschulen, sondern in reguläre Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen und Gymnasien, aufgenommen und in den Unterricht einbezogen.

Als unsere Kinder dem Schulalter entwuchsen, stellte sich die Frage nach ernsthaften Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Also richteten wir mit Unterstützung des DVVi (Deutscher Volkshochschul-Verband international) eine Werkstatt zur Herstellung von Schränken, Möbeln und Polstermöbeln, Geschenkartikeln und Spielzeug ein. Die Werkstatt ist zu einem Ort der Sozialisierung und Kommunikation für unsere Kinder geworden, die nicht anderweitig in Ausbildung oder Beschäftigung sind. Hier stellen sie Möbel für ihr Zuhause her und fühlen sich gebraucht und wichtig. Oft arbeiten auch ihre Eltern und Freunde in der Werkstatt mit.

Seit seiner Gründung hat unser Verein mehr als fünfzehn Projekte realisiert, die von internationalen und nationalen Fonds und Organisationen unterstützt wurden. Die laufenden Aktivitäten werden von lokalen Sponsoren, Unternehmern und Philanthropen unterstützt.

2022 erhielten wir gemeinsam mit der landesweiten Yuksalish-Bewegung[1] als Kooperationspartner von SODI finanzielle Unterstützung für das Projekt »Soziale und ökonomische Inklusion von sozial benachteiligten Jugendlichen, jungen Menschen in Krisensituationen sowie Menschen mit Behinderungen. Einrichtung eines Sozialzentrums für Jugendliche«. Dieses Projekt zielt darauf ab, die Lebensqualität benachteiligter junger Menschen im Alter von achtzehn bis fünfunddreißig Jahren, einschließlich derer mit Behinderungen, zu erhöhen, indem sie in die Lage versetzt werden, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre persönlichen und beruflichen Perspektiven zu verbessern. Erreicht werden soll dies durch die Entwicklung beruflicher, persönlicher, kreativer und kommunikativer Fähigkeiten, die ihre Vermittelbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt stärken.

Nach Angaben des Präsidialamtes liegt die Zahl der jungen Menschen unter 30 Jahren bei über achtzehn Millionen, was fast 55 Prozent der Bevölkerung entspricht. Die offizielle Arbeitslosenquote unter den 18- bis 30-jährigen liegt bei 17 Prozent, d. h. bei 844.000 Menschen, und ist damit anderthalb Mal höher als die Gesamtarbeitslosenquote. »Die Dunkelziffer an Arbeitslosen ist noch höher«, erklärt das Präsidialamt. Sowohl junge Menschen als auch Arbeitgeber haben bereits auf Probleme mit der Ausbildungsqualität hingewiesen – sowohl in der allgemeinen als auch in der beruflichen Bildung. Es existiert ein starkes Bildungsgefälle, junge Menschen, die auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt kommen, beherrschen oft gar nicht oder nur unzureichend die russische Sprache, die nach wie vor als Lingua Franca im zentralasiatischen Raum und als Wissenschaftssprache fungiert, eine andere Fremdsprache beherrschen sie noch weniger. Hinzu kommt der Schriftwechsel von der kyrillischen zur Lateinschrift[2], der den Zugang zu schriftlichen Quellen für unzureichend ausgebildete Landbewohner*innen erschwert. In ihrer Not suchen sie sich oft im Ausland, in China, Russland oder Europa einen Job, wo sie als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Höher qualifizierte junge Leute wiederum, etwa Programmierer*innen, gehen weg, weil sie im Ausland wesentlich mehr bekommen, als die etwa 500 Dollar im Monat, die sie in Usbekistan verdienen.

Außerdem gibt es in den meisten Unternehmen keine Berufsbildungsprogramme, um den niedrigen Qualifikationen abzuhelfen. Nur eines von drei Unternehmen kümmert sich um irgendeine Art von Weiterbildung für seine Mitarbeiter*innen, und nur in fünfzehn Prozent der Unternehmen wird eine reguläre Ausbildung angeboten. Auf dem Arbeitsmarkt besteht eine große Nachfrage nach Hochschulabsolvent*innen. Das Angebot an höherer Bildung ist jedoch immer noch zu gering. Zum einen gibt es in Usbekistan nach wie vor nur wenige Universitäten, und zum anderen sind die Studiengebühren für viele junge Menschen unerschwinglich. Darüber hinaus ist der Zugang zu Informationen über den Arbeitsmarkt schwierig und die schulische Berufsberatung unzureichend. Die meisten in einer Studie Befragten wussten nicht, welche Berufe besonders gefragt oder besser bezahlt waren, noch, welchen Bildungsweg man dafür einschlagen müsse.

Der Mangel an Bildung und Qualifikationen beeinträchtigt nicht nur die Aussicht auf eine Anstellung, sondern auch die Chancen,

1 2019 geschaffene Bewegung zur Förderung der gesellschaftlichen Entwicklung, die den Dialog zwischen Bürgern, Geschäftsbetrieben und staatlichen Stellen zur Basis hat. Der Name bedeutet in etwa »Erhebung«. Nach den Jahren gesellschaftlichen Stillstands unter Präsident Karimow soll so das bürgerliche Engagement für eine Modernisierung des Landes vorangebracht werden.

2 Der seit 1995 amtliche Wechsel auf die Lateinschrift, der bis heute nicht abgeschlossen ist, machte vor allem außerhalb der Hauptstadt Literatur in kyrillischer Schrift für junge Generationen zu Makulatur. Aus chronischem Geldmangel werden auch kaum Kinder- und Jugendbücher in der neuen Schrift produziert und gekauft.

Foto: Yuksalish / Umidvorlik

ein Unternehmen zu gründen. Hinzu kommen Schwierigkeiten bei der Anschubfinanzierung sowie der starke Wettbewerb mit bereits bestehenden Unternehmen auf einem begrenzten Markt.

Diese amtlich beschriebene Situation im Land ist für junge Menschen mit Behinderungen noch schlechter. UN-Studien in Usbekistan haben gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen mit Behinderungen beschäftigt werden, vergleichsweise etwa viermal geringer ist. Zusätzlich zu den Problemen beim Zugang zur Beschäftigung sehen sich Menschen mit Behinderungen auch beim Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung mit Hindernissen konfrontiert. Nach Angaben des Arbeitsministeriums verfügen nur 9.200 Menschen mit Behinderung, die als arbeitsfähig eingestuft sind, über eine Hochschulausbildung und 25.275 über eine spezialisierte Sekundarausbildung. Alle anderen haben keine oder nur eine mittlere Schulbildung.

Unsere Arbeit beschränkt sich nicht allein auf Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen. Mädchen werden in Usbekistan unter anderem aufgrund kultureller Normen und Stereotypen unter Druck gesetzt. Die Tradition der frühzeitigen Familiengründung und die Übertragung der Hausarbeit an die Mädchen verschließt ihnen faktisch den Zugang zu einer Beschäftigung. Die Unabhängigkeit und der damit aufkommende Nationalismus haben traditionelle Geschlechtervorstellungen wiederbelebt. Trotz staatlicher Dekrete zur Frauenförderung wird die volle Teilhabe der Frauen an der Gesellschaft durch eine Geschlechterideologie eingeschränkt, die Männer als die wichtigste Wirtschaftskraft betrachtet. Solche Vorstellungen schränken jedoch nicht nur den Zugang von Frauen zur Beschäftigung ein – vor allem zu gut bezahlten Jobs –, sondern führen zusätzlich dazu, dass Eltern die Sinnhaftigkeit einer höheren Schul- und Berufsausbildung ihrer Töchter bezweifeln. Demzufolge geraten Frauen oft in eine völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von ihrem Ehepartner.

Wir streben deshalb an, dass etwa 30 Prozent Mädchen und Frauen aus der Gesamtzahl der Bewerber*innen in das Berufsvorbereitungsprogramm unseres Zentrums aufgenommen werden. Hier wollen wir die Bewerber*innen mit einem ganzheitlichen Paket von Unterstützungsmaßnahmen begleiten:

Betreuung durch Sozialarbeiter*innen, Erstellung individueller Krisenbewältigungsprogramme; Beratung und Schulung durch Psycholog*innen, zur Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung, Kommunikationsfähigkeit, Berufsberatung; Rechtsberatungen über die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten im Rahmen der Gesetzgebung; Schulungen in IT-Kenntnissen; Geschäftsberatungen zum Einzelunternehmertum; Erwerb neuer Arbeitsfertigkeiten in der Möbelherstellung und -restaurierung sowie in der Herstellung von Geschenkartikeln, Einrichtungsgegenständen und Spielzeug; Einbeziehung neuer Berufe in die Ausbildungsgänge, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt gefragt sind; Organisation von Informationsmöglichkeiten über freie Stellen und die Vermittlung von Berufspraktika.

Ganz praktisch arbeitet eine Meisterin in der Textilherstellung mit jungen Frauen und bringt ihnen alte Techniken der Stoffverarbeitung, das Färben mit natürlichen Farben und die Herstellung von Sousanis (dekorative Wandbehänge) bei[3]. Andere Teilnehmer*innen unseres Programms eröffnen häusliche »Minirestaurants«[4] oder Gästehäuser für den wachsenden Bedarf der Tourismusindustrie

Wir planen ein soziales Sicherungssystems für vulnerable Gruppen zu schaffen, sowohl im öffentlichen und gesellschaftlichen (über Nichtregierungsorganisationen) als auch im Unternehmensbereich.

Das Projekt hat gerade erst begonnen. Es gab eine Vorprojektphase und eine offizielle Vorstellung der Projektmaßnahmen in Taschkent. Die Vorstellung bekam Aufmerksamkeit durch Regierungsstellen und gesellschaftlichen Organisationen. Wir haben nun einen offiziellen staatlichen Partner, der vom Justizministerium bestimmt wurde. Es handelt sich um das Ministerium für Arbeit und Armutsbekämpfung. Es wurden Vereinbarungen über gemeinsame Aktivitäten mit der Jugendagentur, den Arbeitsämtern und den Universitätsfakultäten mit den entsprechenden Schwerpunkten unterzeichnet. Die Projektvorschläge wurden als zweckmäßig und zeitgemäß anerkannt.

Mit unserem Projekt zeigen wir, dass behinderte Kinder keine Schande oder ein Unglück sind. Sie gehören zu uns und haben ein erfülltes Leben inmitten der Gesellschaft verdient. Mein eigener behinderter Sohn arbeitet mittlerweile als Schauspieler am Theater. Er fühlt sich gut dabei und ich ebenso. Mein zweiter, nicht behinderter Sohn hat ganz selbstverständlich an unseren Aktivitäten teilgenommen, studiert und ist mittlerweile ein geschickter Holzhandwerker.

MARINA TEPERINA
ist Vorsitzende des Verwaltungsrates des »Umidvorlik«-Zentrums in Taschkent

3 Ab den 1990er Jahren geriet das traditionell starke Handwerk durch aggressive chinesische Billigimporte in existentielle Bedrohung, viele Gewerke drohten auszusterben. Seit einigen Jahren gibt es starke Bestrebungen, das Handwerk wiederzubeleben, da man auch eine Nachfrage auf dem europäischen Markt nach gediegenen Stoffen, Metall- und Holzprodukten erkannt hat.

4 Traditionelle Wohnbauten sind zur Straße hin abgeschlossen und haben einen von mehreren Gebäuden umgebenen, meist begrünten, mit Bäumen bepflanzten und sehr gemütlichen Innenhof.

Weiterlesen

Aktivist*innen retten die Welt oder wenigstens einen Teil davon – wer aber rettet die Aktivist*innen vor sich selbst? Genauer gesagt, vor dem eigenen Anspruch, alles für die gute Sache zu geben, neben Schule, Uni oder Beruf, und das möglichst rund um die Uhr. Nicht nur ein Burnout ist da fast zwangsläufig, die Daueranspannung führt auch zu Konflikten innerhalb der Gruppe, die persönlich kränken und ins Destruktive führen. »Solidarisch füreinander sorgen« ist ein Handbuch für alle, die der Aktivismusfalle entkommen und trotzdem aktiv bleiben wollen. Darin werden Strategien politischer Bewegungen zu solidarischem Handeln vorgestellt und den Aktivist*innen praktische Werkzeuge für den Umgang mit Konflikten in der Gruppe und der Vermeidung von mentalen Verletzungen in die Hand gegeben. Besonderes Augenmerk wird auf diskriminierungsfreien Umgang miteinander gelegt, auf die Anerkennung unterschiedlicher Stärken und Schwächen in einer Gruppe und die Vermeidung von Leistungshierarchien.

Dean Spade:
Solidarisch füreinander sorgen.
Ein Leitfaden für diese Krise (und die nächste)
Aus dem amerikanischen Englisch von Sharif Bitar
Verlag w_orten & meer 2023
208 S., kt., 16,00 Euro

CHRISTOPH TRAUTVETTER

Es ist schon fast ein klassisches Problem bei den Hilfen für den Globalen Süden: Gelder versickern in dunklen Kanälen und sammeln sich auf Offshore-Konten. Doch auch Steuervermeidungsmodelle in den Industrieländern entziehen den Ökonomien notwendige Umlaufmittel.

Auf halbem Weg: Wo nachhaltige Entwicklung noch an illegitimen Finanzflüssen scheitert

Für die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Developement Goals – SDG) ist 2023 Halbzeitbilanz. Die Covid-19-Pandemie und steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise durch den Krieg in der Ukraine haben dafür gesorgt, dass es in den letzten drei Jahren in vielen Ländern kaum Fortschritte bei Armutsbekämpfung (Ziel 1) und Stärkung der Wirtschaft (Ziel 8) gab. Auch bei Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum und Klimaschutz (Ziele 12 und 13) gibt es weiterhin großen Aufholbedarf. Ein wesentlicher Grund, warum es bei der nachhaltigen Entwicklung so langsam vorwärts geht, sind die illegitimen Finanzflüsse. Nach Schätzungen des Tax Justice Network (Netzwerk für Steuergerechtigkeit) sorgten große Konzerne und reiche Individuen dafür, dass etwa genauso viel Geld aus dem Globalen Süden in Steueroasen und Schattenfinanzplätze im Globalen Norden floss – 160 Milliarden Euro –, wie umgekehrt als staatliche Entwicklungshilfe dort ankam – 179 Milliarden Euro. Der Schaden im Globalen Norden ist insgesamt noch deutlich größer, fällt aber im Gesamtverhältnis zur Wirtschaftsleistung etwas weniger ins Gewicht als in den ärmeren Staaten. Der größte Schaden, sowohl im Globalen Süden als auch im Norden, ist aber indirekt und kaum zu beziffern: Durch niedrige Steuersätze, Anonymität und laxe Kontrollen schaffen die Steueroasen und Schattenfinanzplätze eine Parallelwelt für Reiche und Kriminelle. Damit untergraben sie demokratisch legitimierte Gesetze. Sie fördern einen zerstörerischen Unterbietungswettbewerb bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und mobilem Kapital auf Kosten der nicht ganz so mobilen Angestellten. Und sie schaffen das Umfeld, in dem Korruption und organisierte Kriminalität mit all ihren gesellschaftlichen Konsequenzen gedeiht. Vor etwa zwanzig Jahren hat das Tax Justice Network drei Vorschläge gemacht, um das zu ändern – das sogenannte ABC der Steuergerechtigkeit. Und auch die SDGs enthalten eine Verpflichtung zur Bekämpfung von illegitimen Finanzflüssen (Ziel 16).

C wie Country-By-Country Reporting[1]: Transparenz gegen Steueroasen und Gewinnverschiebung

Aus heutiger Sicht klingt die Idee recht simpel: Wenn große Konzerne für jedes Land, in dem sie tätig sind, offenlegen, wie viele Gewinne sie dort verbuchen, wie viele Mitarbeiter*innen und Kund*innen sie dort haben und wie viel Steuern sie dort zahlen, wird für alle sichtbar, wenn sie Gewinne in Briefkästen in Steueroasen verschieben. Weil sich die Konzerne lange erfolgreich gegen diese Art von Transparenz gewehrt haben, mussten Aktivist*innen, Journalist*innen, Politiker*innnen, Wissenschaftler*innen und auch die Steuerbehörden viele Jahre lang in mühseliger Kleinarbeit und mithilfe von Datenlecks wie den LuxLeaks[2] oder den Pandora Papers[3] »aggressive Steuervermeidung« dokumentieren. Unter wachsendem öffentlichen Druck einigten sich die Finanzminister*innen der OECD-Staaten schließlich 2015 darauf, Konzerne zu einer solchen länderbezogenen Berichterstattung zu verpflichten und diese Berichte zwischen den Steuerbehörden aller beteiligten Staaten auszutauschen. Ein Jahr später legte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine öffentliche Berichterstattung vor. Wegen großen Widerstandes, vor allem von milliardenschweren Familienunternehmen aus Deutschland,

1 Wörtlich: Land-für-Land-Bilanzierung (für mulitinationale Unternehmen)

2 Die Luxemburger Steuerbehörden halfen zwischen 2002 und 2010 mit vertraulichen Vorbescheiden großen internationalen Konzernen, ihre Steuerlast auf unter ein Prozent zu drücken. Der Skandal wurde 2014 aufgedeckt; an der Praxis hat sich bislang nichts geändert.

3 Bislang umfangreichste Veröffentlichung von Recherchen zu Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungskonten in Drittstaaten durch das Internationale Netzwerk Investigativer Journalist*innen 2021

Abbildungen: Netzwerk Steuergerechtigkeit

dauerte es sieben Jahre, bis dieser Vorschlag – deutlich abgeschwächt – 2023 zur Verabschiedung im deutschen Bundestag angekommen war. Die ersten Berichte sollen 2026 veröffentlicht werden. Eine Reihe von Konzernen tut das mittlerweile schon freiwillig, und auch Banken und Rohstoffunternehmen müssen schon seit einigen Jahren länderbezogene Berichte veröffentlichen. Aber diese zusätzliche Transparenz ist lediglich Mittel zu einem anderen Zweck: die Bekämpfung »aggressiver Steuervermeidung«.

Dass öffentlicher Druck und Transparenz wirken, zeigen die Reformbemühungen der OECD. Das erste Reformpaket aus dem Jahr 2015 enthielt neben der länderbezogenen Berichterstattung eine lange Liste von technischen Reparaturen am bestehenden System. Aber auch dank der neuen Transparenz – zumindest innerhalb der Steuerbehörden – wurde schnell sichtbar, dass das nicht reicht. 2021 verkündete die OECD dann ein weiteres Reformpaket. Olaf Scholz bezeichnete es pünktlich zum Schlussspurt im Wahlkampf 2021 sogar als eine Revolution. Und tatsächlich enthält das Paket einige revolutionäre Ideen: Zum einen soll eine globale Mindeststeuer Steueroasen austrocknen. Zum anderen sollen auch die Staaten, in denen große Konzerne ihre Produkte verkaufen und Gewinne realisieren, einen Teil der Besteuerungsrechte von den Staaten erhalten, in denen die Konzerne ihren Hauptsitz oder ihre Markennamen und Patente gelagert haben. Aber die OECD-Reformen haben einen großen und viele kleine Haken. Die Interessen der großen Industriestaaten dominieren bei der OECD schon per Definition die Agenda. Entsprechend ist der Mindeststeuersatz von fünfzehn Prozent viel zu niedrig, um den globalen Sinkflug der Unternehmenssteuersätze wirklich zu stoppen und die Gewinnverschiebung zu beenden. Die Zusatzeinnahmen landen zuerst bei den Ländern, in denen die Konzerne ihren Hauptsitz haben, oder in den Steueroasen, die ihre Steuersätze auf das neue Minimum anheben. Die für die Länder des Globalen Südens wesentliche Umverteilung der Besteuerungsrechte ist schon jetzt auf ein Minimum zusammengeschrumpft und kommt trotzdem nicht vom Fleck. Deswegen fordern die Staaten des Globalen Südens seit Jahren eine Steuerkonvention der Vereinten Nationen. Die neue geopolitische Situation hat ihnen Ende 2022 endlich Gehör verschafft. Ende 2023 soll ein erster

Bericht vorliegen. Auf dem Weg zu einer wirklich fairen Unternehmensbesteuerung ist damit also höchstens die Hälfte der Strecke geschafft.

B wie Beneficial Ownership Transparency[4] und A wie Automatic Exchange of Information[5]: Transparenz gegen Schattenfinanzplätze und Steuerhinterziehung

Das anonyme Nummernkonto in der Schweiz und der anonyme Briefkasten auf den Britischen Jungferninseln – das waren jahrzehntelang beliebte Fluchtvehikel für die Profite der kolumbianischen Drogenmafia genauso wie für das Geld der Steuerhinterzieher*innen aus aller Welt. Auf Drängen der USA riefen die G7-Staaten deswegen 1989 die Financial Action Task Force (FATF – Sondereinheit für Finanztransaktionen) ins Leben, um gegen Geldwäsche in dieser Parallelwelt vorzugehen. Kurz darauf, 1991 und 1993, richtet die Hessen-CDU trotzdem zwei anonyme Stiftungen in Liechtenstein ein und lagert dort knapp zehn Millionen Euro Schwarzgeld. Erst Anfang der Jahrtausendwende sorgten Steuerfahnder*innen und Journalist*innen mithilfe mehrerer Daten-CDs aus Liechtenstein und anderen Ländern dafür, dass die Öffentlichkeit davon erfuhr und viele andere Steuerhinterzieher*innen aufflogen. Tausende weitere bekamen es mit der Angst zu tun und zeigten sich selbst an. 2010 läutete die USA dann mit ihrem Foreign Accounts Tax Compliance Act (FATCA – Gesetz zur Aufsicht von Steuerverpflichtungen ausländischer Bankkonten) das Ende des anonymen schweizerischen Nummernkontos ein. Gerade rechtzeitig vor einem Deal des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble mit der Schweiz, der die Anonymität der dortigen Konten im Austausch gegen eine Quellensteuer gewahrt hätte, folgte 2014 die OECD mit ihrem Common Reporting Standard (CRS – Allgemeiner Berichtsstandard). Beide Initiativen zwingen alle Banken in den beteiligten Staaten, die wahren Konteneigentümer*innen zu erfassen und den Steuerbehörden zu melden, die diese Informationen wiederum automatisch mit den Heimatländern der Konteneigentümer*innen teilen. Bis auf die USA selbst machen mittlerweile fast alle Staaten mit. Nicht zuletzt, damit es den Banken, anderen Unternehmen, den Behörden und der Öffentlichkeit leichter fällt, die wahren Eigentümer*innen zu ermitteln, verpflichtet außerdem eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2015 alle EU-Staaten, ein Register der tatsächlich wirtschaftlich Berechtigten hinter den in der EU registrierten Unternehmen einzurichten. Wie nötig das auch dreißig Jahre nach Gründung der FATF war, dokumentierten 2016 die Panama Papers, die offenlegten, wie wenig sich an der Anonymität der karibischen Briefkästen geändert hatte.

4 Transparenz der wirtschaftlich Berechtigten
5 Automatischer Informationsaustausch

Ist das also das Ende von Schattenfinanz, Geldwäsche und Steuerhinterziehung? Leider nein. Skandal um Skandal zeigt, dass die Banken für ihre finanzstarken Kund*innen immer neue Wege finden, um weiterhin anonym zu bleiben, und die Aufsichtsbehörden die Gesetzestreue nur sehr zögerlich kontrollieren. Obwohl ein nach den Panama Papers von der deutschen Bankenaufsicht (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin) beauftragter Wirtschaftsprüfer wesentliche Defizite feststellte, erteilte der BaFin-Chef den deutschen Banken Anfang 2018 noch eine weitgehende Absolution. Weitere Ermittlungen von Bundeskriminalamt und Staatsanwaltschaft führten schließlich zu einer Strafe von fünfzehn Millionen Euro für die Deutsche Bank. 2022 ordnete die BaFin schließlich weitere spezifische Maßnahmen an, um die Geldwäschebekämpfung der Deutschen Bank zu stärken, nachdem Kontrollen gezeigt hatten, dass die Bank trotz jahrzehntealter Vorschriften die wahren Eigentümer*innen vieler wichtiger Konten gar nicht kannte. Ähnlich schlecht steht es um das deutsche Transparenzregister. Seit 2017 soll es eigentlich die wahren Eigentümer*innen von in Deutschland registrierten Unternehmen enthalten. Seit 2020 sollen sich auch ausländische Unternehmen registrieren, wenn sie in Deutschland Immobilien kaufen. Zum Jahresende 2022 war trotzdem erst knapp die Hälfte aller Unternehmen eingetragen. Wegen fehlender Daten und knappem Personal blieb die Kontrolle durch das Bundesverwaltungsamt weitgehend wirkungslos. 2021 entschied die Große Koalition sogar, die Verhängung von Bußgeldern für zwei Jahre auszusetzen. Und selbst wenn es irgendwann gelingen sollte, das Register zu füllen, fehlt – anders als im benachbarten Österreich – weiterhin eine staatliche Qualitätskontrolle, und auch die gesetzliche Definition der wahren Eigentümer*in lässt weiter große Lücken zu. Bei der Transparenz von Konten- und Unternehmenseigentümer*innen ist also selbst in Deutschland noch ein weiter Weg zu gehen. In den Schattenfinanzplätzen – allen voran den USA – sieht es noch viel schlechter aus.

Der Kampf gegen illegitime Finanzflüsse: Ein Langstreckenlauf

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Nach fast zwanzig Jahren harter Arbeit wird das ABC der Steuergerechtigkeit langsam Realität. Informationen über Konteneigentümer*innen werden länderübergreifend automatisch ausgetauscht, die wahren Eigentümer*innen von Unternehmen müssen sich in immer mehr Ländern registrieren, und ab 2026 müssen globale Konzerne in der EU ihre Gewinne und Steuerzahlungen für jedes Land einzeln offenlegen. Mit den neuen Daten und den Datenleaks der letzten Jahre haben Steuerbehörden allein in Deutschland tausende Steuerhinterzieher*innen überführt. Die Gelder besonders finanzstarker Kund*innen und Steuerhinterzieher*innen aus dem Globalen Süden bleiben allerdings weiter auf der Flucht. Das Katz-und-Maus-Spiel mit den Banken geht weiter. Zwar haben bei der Steuervermeidung der globalen Konzerne wissenschaftliche und journalistische Arbeiten auch dafür gesorgt, dass der öffentliche Druck für Reformen gewachsen ist und ab 2024 in den ersten Ländern für viele global agierende Konzerne eine effektive Mindeststeuer von fünfzehn Prozent gelten wird. Trotzdem bleibt der Schaden durch illegitime Finanzflüsse aus Steuervermeidung und Steuerhinterziehung weiterhin groß.

Anhand der aktuellsten Zahlen, die jedoch weitgehend aus der Zeit von vor oder direkt am Anfang der meisten Reformen stammen, schätzt das Tax Justice Network diesen Schaden auf 483 Milliarden US-Dollar pro Jahr, der Großteil davon – etwa 312 Milliarden US-Dollar – aus der Steuervermeidung globaler, die restlichen 171 Milliarden US-Dollar aus grenzüberschreitender Steuerhinterziehung. Ziel 16.4 der nachhaltigen Entwicklungsziele verpflichtet die Länder der Welt, illegitime Finanzflüsse bis 2030 »signifikant zu reduzieren«. Ob »aggressive Steuervermeidung« überhaupt dazu gezählt wird, war lange umstritten. Wie die Reduktion gemessen werden soll und was der offizielle Ausgangspunkt wird, steht zur Halbzeitbilanz noch immer nicht fest. Erste Schätzungen zur globalen Mindeststeuer beziffern die potenziellen Zusatzeinnahmen auf etwa einhundert Milliarden US-Dollar – vorausgesetzt, die Konzerne und Staaten finden keine allzu großen Schlupflöcher. Das Volumen der anonymen Finanzanlagen ist den aktuellsten Schätzungen zufolge trotz der gestiegenen Transparenz kaum gesunken. Vor allem aber bleibt das allergrößte Problem weiter ungelöst.

Dadurch, dass sie großen Konzernen, reichen Privatpersonen und Kriminellen ideale Fluchtvehikel bieten, haben Steueroasen und Schattenfinanzplätze in den letzten drei Dekaden dafür gesorgt, dass Steuersysteme in vielen Staaten ungerechter geworden sind. Unternehmenssteuern und Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer sind weltweit im Sinkflug. Vermögens- und Erbschaftssteuern wurden abgeschafft und viele mehr oder weniger versteckte Steuerprivilegien für Superreiche neu geschaffen. Das sorgt weltweit dafür, dass immer mehr die normalen Arbeiter*innen und Angestellten und Konsument*innen und immer weniger die Eigentümer*innen von großen Vermögen für die Finanzierung des Gemeinwesens aufkommen. Das verschärft die ohnehin extreme Ungleichheit. Etwa ein Prozent der Menschen besitzt mittlerweile etwa die Hälfte des globalen Vermögens, während die Hälfte der Menschheit so gut wie gar nicht am globalen Vermögen teilhat. Ziel 10 der nachhaltigen Entwicklungsziele adressiert zwar die Ungleichheit und auch die umverteilende Wirkung von Steuersystemen. Die Verteilung von Vermögen und die Besteuerung von Vermögenseinkommen spielen bei der Erfolgsmessung aber mangels politischem Willen und fehlender Daten leider bisher keine Rolle.

Für die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele bleiben noch knapp sieben Jahre. Der Kampf gegen Steueroasen und Schattenfinanzplätze hat nach etwa zwanzig Jahren gerade mal die Hälfte der Strecke geschafft und im Alphabet der Steuergerechtigkeit gibt es mindestens noch 23 andere Buchstaben, bis der globale Wohlstand wirklich fair verteilt ist. Aber wer nicht anfängt, hat schon verloren.

Mehr Informationen finden sich in unserem Jahrbuch »Steuergerechtigkeit 2023« und auf unseren Themenseiten zu internationaler Steuergerechtigkeit, Unternehmenssteuern, Schattenfinanz und zur Besteuerung von Vermögenden. Laufende Updates gibt es in unserem monatlichen Newsletter. Zur Finanzierung unserer Arbeit sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.

CHRISTOPH TRAUTVETTER
ist Koordinator beim« Netzwerk Steuergerechtigkeit« und Projektleiter bei »Wem gehört die Stadt«

STEPHAN MÜLLER

Auch in der Ukraine sind Rom*nia eine diskriminierte Minderheit. Ausgerechnet durch den Krieg verändert sich das Bild und wächst die Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage.

Von Panzern und Traktoren

Foto: Forum Transregionale Studien / Youtube

Manchmal braucht es nur eine Nachricht in den sozialen Medien, um eine Diskussion voranzubringen, die bislang für den Großteil der Bevölkerung keine Rolle spielte. Am 26. Februar 2023 postete ein Facebook-Nutzer, »Zigeuner«[1] hätten im Gebiet von Cherson einen russischen Panzer gestohlen und ihn auf einem Schrottplatz zerlegt. Am nächsten Tag übernahm ein Fernsehsender die Meldung, am gleichen Tag korrigierte ein populärer Kanal des Messaging-Dienstes Telegram, die »Zigeuner« hätten den Panzer nicht gestohlen, sondern nur bis zur Kampfunfähigkeit abgerüstet und die Panzerung als Altmetall verkauft. Zudem hätten sie nicht allein, sondern zusammen mit den Ortsansässigen ihren Beitrag zur Abrüstung geleistet.[2] Am selben Tag postete ein Journalist einen Videobeitrag über einen ukrainischen Bauern, der sich mit Hilfe seines Traktors einen russischen Schützenpanzerwagen unter den Nagel gerissen hatte. Beide Geschichten flossen ineinander, wurden weiter ausgeschmückt und unheimlich populär. Die Heldentat wurde als Popsong vertont, zur Anekdote, zum ikonischen Bild.

Interessanterweise spielt das Bild mit einem negativen Klischee von Sinti und Roma , das hier ins Positive gewendet wird – »unsere Zigeuner«, die sich sonst aus dem gesellschaftlichen Leben der Mehrheitsbevölkerung heraushalten, sind tollkühne Helden und ein aktiver Teil der multiethnischen ukrainischen Nation. Zudem kämpfen viele Roma in der ukrainischen Armee, darunter viele als Freiwillige. Auch dies wird inzwischen von der Politik in der Ukraine anerkannt und auch in Teilen der Öffentlichkeit.

Durch den Krieg änderte sich allmählich auch die Wahrnehmung unter den Minderheiten, die sich mehr der Ukraine zugehörig fühlen. Denn natürlich treffen Granaten und Artilleriegeschosse keine Unterscheidung zwischen ethnischen und sozialen Gruppen; insbesondere, wenn durch Flächenbombardements vor allem Zivilisten getötet werden. Führt der Kriegszustand üblicherweise zu einer nationalistischen Mobilisierung und Homogenisierung, der zuallererst die Minderheitenrechte zum Opfer fallen, findet hier genau das Gegenteil statt – eine Anerkennung und Einbeziehung. Die Nachkriegszeit wird zeigen, wie nachhaltig dieser Prozess sein wird.

Schätzungen zufolge leben in der Ukraine etwa bis zu 400.000 Rom*nia. Genaue Zahlen gibt es nicht, da die Mehrheit der Rom*nia sich in Volkszählungen nicht als solche bekennt. In der öffentlichen Wahrnehmung werden Rom*nia in anerkannten Berufen, als Lehrer*innen, Professor*innen oder Rom*nia, die nicht den Vorurteilen

1 Der Ausdruck Zigeuner (Tsygany / Tsyhany) ist in Osteuropa nicht so eindeutig negativ konnotiert und wird oft auch als Selbstbezeichnung durch verschiedene Gruppen von Rom*nia benutzt

2 Die ausführliche Geschichte ist auf der Webseite des Forums Transregionale Studien e.V. zu finden.

entsprechen, nicht als solche wahrgenommen bzw. sie wollen aufgrund von Diskriminierungserfahrungen heraus dies nicht selbst thematisieren. Als »Zigeuner« werden jene gesehen, die den Klischees und Vorurteilen entsprechen. Dieser Antiziganismus wiederum verursacht seit Jahrzehnten strukturelle Ausgrenzung und Armut. Das Maß der gesellschaftlichen Integration der unterschiedlichen Rom*niagruppen hängt oft von den Siedlungsgebieten ab. In Transkarpatien, wo auch eine ungarische Minderheit lebt, sprechen viele Rom*nia Ungarisch, besuchen ungarischsprachige Schulen und fühlen sich der ungarischen Kultur verbunden. Allerdings sind dies oft segregierte Schulen mit schlechterer Qualität und auch ihre Wohngebiete sind meist getrennt von den ungarischen oder ukrainischen Nachbarn. Vor dem Krieg gab es viele Übergriffe durch rechtsradikale und nationalistische Gruppierungen auf Rom*nia, bei denen auch Menschen ermordet worden sind.

Nach Schätzungen der EU-Kommission sind etwa 100.000 Rom*nia aus dem Land geflohen und haben Zuflucht bei Verwandten in den Nachbarländern oder in Flüchtlingsunterkünften etwa in Deutschland, Polen oder Tschechien gefunden; sie sind ein Teil der Millionen ukrainischer Kriegsflüchtlinge.

In der psychologischen Kriegsführung spielen Minderheiten für die eine wie die andere Seite eine nicht unwichtige Rolle. Zuerst werden sie der Illoyalität oder gar Sympathie mit dem Feind verdächtigt (und entsprechend verfolgt), dann in der Mobilisierungsphase oft umworben und mit Privilegien und Zugeständnissen zum Kriegsdienst gelockt. So wurden überdurchschnittlich viele Männer in Burjatien und anderen sibirischen Regionen zum russischen Militär gezwungen oder mit hohen Prämien angeworben, ebenso wie mittelasiatische »Gastarbeiter«[3], die sonst auf der sozialen Rangleiter auf der niedrigsten Stufe stehen. Umgekehrt nutzt die Gegenseite angebliche und tatsächliche Übergriffe auf Minderheitenvertreter, um dem Kriegsgegner Unzivilisiertheit und Grausamkeit vorzuwerfen, dem man selbst moralisch haushoch überlegen und der Sieg eine Wohltat für die Bevölkerung sei.

3 Der Begriff wurde wörtlich mit allen negativen Konnotationen aus dem Deutschen ins Russische übernommen und von den Arbeitsmigranten, die unter erbärmlichsten Bedingungen v.a. auf Baustellen arbeiten, zur Eigenbezeichnung gebraucht.

So gingen Bilder von ukrainischen Soldaten viral, die als Rom*nia identifizierte Plünderer an »Schandpfähle« gebunden hatten. Diesen Vorfall gab es tatsächlich, nur kamen die Plünderer aus sämtlichen Bevölkerungsschichten. Und diese Vorfälle wurden von der prorussischen Propaganda aufgenommen. Minderheiten werden vor allem dann thematisiert, wenn sich daraus ein taktischer Vorteil im Informationskrieg ziehen lässt.

Minderheitenpolitik ist in der Ukraine wie auch in Ungarn, Rumänien und Moldawien eine hochbrisante Angelegenheit, zu oft wurden in den letzten einhundertfünfzig Jahren Grenzen verschoben und Gebietsansprüche mit Minderheitenrechten begründet. Hatten sich populistische Politiker in der Vergangenheit immer wieder um eine »Ukrainisierung« bemüht, verabschiedete am 12. Dezember 2022 das Parlament, die Werchowna Rada, ein Gesetz über nationale Minderheiten zur Europäischen Integration. Dieses soll Beratungsgremien zum Schutz ihrer Rechte und Organisationsfreiheit und die Unterstützung staatlich und kommunal geförderter Zentren und anderer Einrichtungen ermöglichen, das Recht auf Bildung in der Muttersprache und die Teilhabe am sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben festhalten. Profitieren würden davon auch die ukrainischen Rom*nia. Dennoch hegen sie Misstrauen gegen staatliche Strukturen, die sie als rassistisch, korrupt und mafiös erlebt haben. Um dieses Misstrauen zu überwinden und anzuerkennen, was von staatlicher Seite geleistet wird, braucht es viel Vermittlungsarbeit. Und darüber hinaus Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten. Die Umsetzung der gesetzlichen Ziele soll nunmehr über das »Unity In Diversity«-Programm (Einheit in der Vielfalt) diskutiert und unterfüttert werden. Auch im »Recovery Plan« der Ukraine, der schon jetzt die Planungen für den Wiederaufbau der Ukraine vornimmt, werden Maßnahmen zur Förderung der Rom*nia vorgeschlagen.

In der Zwischenzeit bringen sich viele Rom*nia ganz praktisch in die Verteidigung der Ukraine ein. Sie sammeln Spenden und Lebensmittel, bringen Flüchtlinge – auch Nicht-Rom*nia – unter. In grenzüberschreitenden NGOs organisierte Romnia nähen Uniformen und Ausrüstungen für die Armee, hunderte Roma-Freiwillige dienen in ukrainischen Einheiten. Trotz der erlebten Diskriminierung und Vernachlässigung ihrer elementarsten Bedürfnisse. Die Freiwilligen berichten, dass in den Kampfeinheiten kein Platz mehr ist für Vorurteile und Überheblichkeit. Die Angst aber bleibt, ob die Stimmung nach Ende des Krieges nicht wieder umschlägt und alte Nationalismen durchbrechen, die alten Klischees von den »stehlenden Zigeunern« die neuen, positiven Erzählungen überlagern werden. Alle hoffen auf einen zügigen und nachhaltigen Beitrittsprozess zur Europäischen Union, auf die gesetzliche Verankerung von Minderheitenrechten und ihre rechtsstaatliche Durchsetzung, um Rückschritte zu verhindern. Mit dem Kandidatenstatus ist zudem die Bewilligung von Geldern verbunden, die zum Auf- und Ausbau korruptionsfreier Verwaltungen und zivilgesellschaftlicher, menschenrechtsorientierter Strukturen dienen.

In die EU, insbesondere in Deutschland, werden aber auch noch andere Hoffnungen gesetzt. Der Großteil der aus der Ukraine hierher Geflüchteten verfügt über einen hohen Bildungs- und Sozialstatus – laut einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung kommen etwa neunzig Prozent aus den Städten – und an diesen knüpfen die Bildungs- und Qualifizierungsprogramme an. Weniger im Auge hat man dabei die Geflüchteten aus unterprivilegierten und diskriminierten Schichten. In Bezug auf Rom*nia eröffnen sich gerade für Frauen, die oft von Bildung ausgeschlossen waren, aber auch für Kinder eine einmalige Gelegenheit, durch Bildungsförderung in den Aufnahmeländern die Kenntnisse und Qualifikationen zu erlangen, die ihnen in der Heimat vorenthalten worden sind, und die für den Wiederaufbau in ihren Gemeinden dringend gebraucht werden. Deutschland steht da durchaus in der Pflicht, denn sie sind Nachfahr*innen der Opfer des Völkermordes, und noch halten einige tausend Überlebende die Erinnerung an die faschistischen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs wach. Die historische Verantwortung bleibt: fünfhunderttausend Sinti*zze und Rom*nia wurden im NS-besetzten Europa vernichtet, zehntausende von SS-Einsatzgruppen an der Ostfront in Massenerschießungen ermordet.

STEPHAN MÜLLER
ist Politischer Referent beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und Experte für Minderheitenfragen

Foto: Nina Müller

INTERVIEW MIT DR. KARIN MLODOCH

HAUKARI bedeutet in kurdischer Sprache »Zusammenarbeit, Solidarität«. Seit 1995 unterstützt der Verein HAUKARI e.V. in der Region Kurdistan-Irak Projekte zur Stärkung von Frauen, jungen Menschen und Überlebenden von geschlechtsspezifischer, sozialer und politischer Gewalt und den Dialog zwischen den verschiedenen ethnischen, religiösen und politischen Fraktionen im Irak.

Wenn die Farben in die Stadtviertel zurückkehren

Ein regionaler Schwerpunkt der Aktivitäten von HAUKARI e.V. liegt in der konfliktreichen Germiyan-Region im Süden der Autonomen Region Kurdistan an der Grenze zum Iran und den irakischen Provinzen Salah al-Din und Diyala. Germiyan bedeutet »warmes Land«, Die ländliche, heiß-trockene, aber erdölreiche Region war 1988 ein Schauplatz der sogenannten Anfal-Operationen, einer großangelegten Militäroperation des irakischen Baath-Regimes unter Saddam Hussein gegen die kurdischen Gebiete, bei denen mehr als 100.000 Menschen verschleppt und überwiegend ermordet und Tausende kurdischer Dörfer zerstört wurden. Bis heute ist die Region tief gezeichnet von den Folgen der damals erlittenen Gewalt, Verluste und Zerstörungen.

Infrastrukturell von den urbanen Zentren der Region Kurdistan abgeschnitten, wurde Germiyan mit dem Vormarsch der Terrormiliz »Islamischen Staates« 2014 erneut zur Konfliktregion, hatte zahlreiche Opfer im Kampf gegen den IS zu beklagen und nahm zehntausende Geflüchtete aus den vom IS besetzten zentralirakischen Provinzen auf. Viele leben hier bis heute. Zudem kommt es in der Region immer wieder zu Angriffen von Resten des »Islamischen Staates« und Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen bewaffneten Milizen. Wie die gesamte Region Irakisch-Kurdistan leidet auch Germiyan unter den Folgen der anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Krise – u.a. bedingt durch Konflikte mit der Zentralregierung in Bagdad um die kurdischen Ölexporte, verschärft aber auch durch Korruption, Machtmissbrauch und interne Konflikte der beiden kurdischen Regierungsparteien DPK (Demokratische Partei Kurdistans) und PUK (Patriotische Union Kurdistans) – und durch die damit verbundenen massiven Einschnitte bei Löhnen und Investitionen im Gesundheits-, Bildungs- und sozialen Bereich und einer erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen. Dazu kommen die inzwischen drastischen Folgen des Klimawandels: extrem heiße Sommer, Dürre und Wassermangel, Sandstürme. Menschen verlassen ihre nach den Anfal-Operationen wieder aufgebauten Dörfer und wandern in die Städte ab.

Angesichts der jahrzehntelangen Konflikt- und Gewaltgeschichte, anhaltender Krise und fehlenden Perspektiven leiden vor allem junge Menschen in der Germiyan-Region unter Hoffnungslosigkeit und Frustration. Viele machen sich auf gefährliche Fluchtwege nach Europa; andere wenden sich fundamentalistischen Gruppen zu oder ziehen sich ins Private zurück. Seit 2014 unterstützt HAUKARI e.V. in der Germiyan-Region Initiativen von Jugendlichen und Künstler*innen jeden Alters zur Schaffung parteiunabhängiger selbstbestimmter Kultur- und Bildungsorte, in denen sie jenseits ethnischer, religiöser und politischer Zugehörigkeiten zusammenkommen und gemeinsam aktiv werden können – gegen Fundamentalismus und Perspektivlosigkeit und für die Mitgestaltung ihrer Städte, Dörfer und ihrer Zukunft. Die Aktivitäten unter dem Motto »Zukunft gestalten« werden aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), medico international und privaten Spenden gefördert.

Was bedeutet Jugendarbeit in Germiyan?

Das Jugendprojekt begann 2014, in der Zeit, als der »Islamische Staat« im Irak Terrain gewann, und die Germiyan-Region erneut zum Konfliktgebiet wurde. Viele junge Männer waren in den Kampf gegen den IS gezogen; viele sind dabei umgekommen. Trotz der klaren Gegnerschaft der kurdischen Bevölkerung gegen den IS hat der Vormarsch der Terrormiliz auch in der Kurdischen Region des Irak zum Erstarken militaristischer, nationalistischer und fundamentalistischer Diskurse geführt und zivilgesellschaftliche Spielräume weiter eingeschränkt.

Das Projekt startete ganz klein in der 33.000-Einwohner-Stadt Kifri mit der Unterstützung der Initiative eines Kunstlehrers und seiner Schüler*innen: Sie erstritten von der Stadtverwaltung den Zugang zu einem leerstehenden öffentlichen Gebäude, in dem zuvor erst Geflüchtete und dann Peschmerga (kurdische Militärverbände) untergekommen waren. Mit der Idee, dass Kunst und Kultur junge Menschen über Partei-, religiöse und ethnische Grenzen hinweg verbindet, wurde das Haus instandgesetzt, ein kleines Museum eingerichtet und Kunstkurse, Lesungen, Konzerte, Filmvorführungen und Theateraufführungen wurden organisiert, die kurdische, turkmenische und arabische Jugendliche und Künstler*innen, lokale und geflüchtete junge Menschen zusammenbrachten. »Gegen den lebensfeindlichen Fundamentalismus feiern wir das Leben und die Kunst«, so sagte damals einer der dort engagierten jungen Künstler.

Ausgehend von dieser Erfahrung und mit Förderung durch das BMZ konnten wir das Projekt nach und nach ausweiten. In Kifri und dem nahegelegenen Rizgari entstanden weitere Begegnungsräume zur Nutzung durch lokale Jugendgruppen und Künstler*innen. In den ersten Jahren lag der Schwerpunkt unter dem Motto »Kunst verbindet« auf der Schaffung kultureller Räume zur Nutzung durch Theater, Film, Kunst- und Literaturinitiativen. In der Stadt Kifri wurde ein historisches Badehaus von jungen Menschen zur Kunstgalerie umgebaut; Verkehrsinseln und der historische Markt dienten als Bühne für Kunstaktionen und Straßentheater. Öffentliche Parks der Stadt wurden von jungen Menschen und Künstler*innen begrünt, künstlerisch gestaltet und durch Beleuchtung auch für junge Frauen und Familien zugänglich gemacht – junge Menschen und ihre Perspektiven wurden im Stadtbild sichtbar.

Im Oktober 2018 fand im Rahmen des Projektes in Kifri das erste Kunst- und Friedensfestival statt: 600 junge Menschen und Künstler*innen aus der gesamten Kurdischen Region sowie Gäste aus Bagdad und anderen irakischen Städten verwandelten die ganze Stadt in einen Kunst- und Theaterraum. In diesem Jahr findet das Festival in Kifri bereits zum vierten Mal statt und hat sich zu einem irakweit bekannten Kunst- und Dialogforum entwickelt.

Die Erfahrung hat gezeigt, wie wichtig die Schaffung von kreativen und künstlerischen Räumen ist, wenn man Begegnung und Dialog zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Fraktionen fördern will. Heute sind mehr als 20 Gruppen aus neun Städten der Germiyan-Region und der Provinz Dyala kontinuierlich im Projekt aktiv und vernetzt. Schon längst sind die Aktivitäten nicht mehr nur auf Kunst beschränkt: Die Gruppen beschäftigen sich mit den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Klimawandels, bieten Bildungskurse, Umwelttage und Medienseminare für Frauen an und beteiligen sich aktiv an der Gestaltung ihrer Städte. Immer wieder nutzen sie dabei auch künstlerische Mittel.

Jugendprojekte sind derzeit Trend in der Entwicklungszusammenarbeit …

Ja, seit einiger Zeit ist »die Jugend« eine wichtige Zielgruppe in der Entwicklungszusammenarbeit. Junge Menschen gelten als »Risikogruppe«. Gerade unter jungen Menschen, die die Arbeits- und Perspektivlosigkeit und den Machtmissbrauch der politischen Eliten satt haben, rekrutieren fundamentalistische Milizen ihre Anhänger*innen. Und gerade junge Menschen machen sich auf Fluchtwege nach Europa. Jugend, Frieden, Sicherheit – das wird in der Entwicklungszusammenarbeit oft zusammengedacht und Jugend als *das* Potential für Frieden, Dialog und Demokratieentwicklung gesehen. Dabei wird übersehen, dass sich oft gerade junge Menschen tief enttäuscht von der Politik abwenden und zunächst wenig Interesse an Maßnahmen »politischer Bildung« haben. In unserem Projekt stellen wir in erster Linie Räume zur Verfügung, in denen die jungen Menschen eigene Ideen verwirklichen und sich selbst nach ihren eigenen Interessen, ob im künstlerischen, kulturellen sportlichen, sozialen oder eben auch politischen Bereich, organisieren können.

Viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit richten sich zudem an Jugendgruppen, die sich bereits als Nichtregierungsorganisation organisiert haben, Büros, Direktor*innen und englischsprachige Mitarbeiter*innen haben und mit BMZ-Anträgen und Fördermitteln umgehen können. Damit ist jedoch eine große Zahl von Jugendlichen und Jugendbewegungen ausgeschlossen, vor allem solche mit eingeschränktem Zugang zu Bildung und solche, die formalen Strukturen und Hierarchien ohnehin skeptisch gegenüberstehen. Deshalb ist es ein wichtiger Aspekt unseres Projektes, dass es sich auch an jene benachteiligten Jugendgruppen wendet. Wir unterstützen auch zahlreiche

kleine spontane Initiativen – Gruppen von manchmal nur fünf bis sieben Leuten – die sich zunächst für eine ganz konkrete Idee zusammenfinden und die nicht mit dem »International-NGO-Sprech« und Fördermittelanträgen vertraut sind: eine Begrünungsaktion in ihrer Stadt, Wandmalereien und Street Art in den vom IS zerstörten Straßenzügen, eine Lesegruppe oder das gemeinsame Schreiben von Lebensläufen für Jobbewerbungen. Unser Projekt fungiert als Dach für zahlreiche solcher kleinen Gruppen; sie können für konkrete Initiativen Förderung beantragen und werden von unserem Team und anderen Partnern in logistischen und finanziellen Fragen unterstützt. So ist das Projekt für viele die erste Chance, eigene Ideen zu verwirklichen und sich dann möglicherweise kontinuierlich zu engagieren.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist, dass viele junge Menschen HAUKARI als deutsche NGO und damit als Garant für die parteipolitische Unabhängigkeit von Räumen und Initiativen sehen. Die Region Kurdistan-Irak ist in zwei Einflusszonen der kurdischen Regierungsparteien, der DPK und der PUK, geteilt. In beiden dominieren einflussreiche Familiennetzwerke; sie konkurrieren miteinander um Ressourcen, Macht und Wähler*innenstimmen und verknüpfen wirtschaftliche, politische und Medienmacht. Germiyan liegt im traditionellen Einzugsbereich der PUK. Gerade aber die Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, sind von jeglichen politischen Parteien generell enttäuscht, von der Korruption und dem Klientelsystem, dass man für jeden Job, jedes Studium oder Stipendium ein Parteibuch braucht oder zumindest Verbindungen zu einer der Parteien. Tatsächlich sind auch viele zivilgesellschaftliche Organisationen parteinah oder -gebunden. Zudem werden selbstbestimmte parteiunabhängige Räume schnell von den großen Parteien »entdeckt«, als Konkurrenz empfunden und parteipolitisch vereinnahmt. In diesem Kontext sind die von HAUKARI geschaffenen Jugendräume insbesondere für junge Menschen interessant, die sich dem Parteiensystem fernhalten und sich ohne politische Einflussnahme selbst organisieren wollen.

Eine weitere Leitlinie unserer Arbeit ist, dass wir keine Parallelstrukturen schaffen, z.B. nicht in den Aufbau »eigener« Jugendzentren investieren oder in Strukturen, die dann mit dem Ende der Projektförderung zusammenbrechen. Alle im Projekt instandgesetzten und installierten Jugend- und Kulturräume sind in öffentlicher Hand. Wir arbeiten nicht mit politischen Parteien oder parteinahen Organisationen, wohl aber eng mit den Stadtverwaltungen, den Bürgermeister*innen, Schulen und Ausbildungsstätten der jeweiligen Projektorte zusammen. Wir machen langfristige Verträge mit ihnen, damit Räume, die mit Projektgeldern und gemeinsam mit Jugendlichen instandgesetzt werden, auch dauerhaft für Jugendarbeit genutzt und von öffentlichen Stellen funktionstüchtig gehalten werden können. So haben wir z.B. in Kifri baufällige historische Häuser in Jugendräume verwandelt und Häuser der Stadtverwaltung und ein leerstehendes historisches Stadthotel in Jugendgästehäuser für Festival-Besucher*innen und den Jugendaustausch umgebaut. Bis dahin gab es – vor allem für Frauen – keine öffentlich zugängliche Übernachtungsmöglichkeit. Auch Begrünungs- und Kunstaktionen finden in öffentlichen Räumen statt und werden langfristig von der Stadtverwaltung erhalten. Begrünungsaktionen schaffen nicht nur öffentliche soziale Kommunikationsräume und »verschönern« die Stadt; Parks und Baumgruppen fungieren auch als natürliche Barrieren gegen die zunehmenden Sandstürme und die giftigen Rauchwolken, die von den Erdölförderquellen über die dicht besiedelten Orte und Städte der Germiyan-Region ziehen. Immer noch verbrennen hier internationale Erdölfirmen das am Bohrloch austretende Methangas – eine gesundheitsgefährdende, klimaschädliche und energiepolitisch und wirtschaftlich unsinnige Praxis. Forderungen des Umweltministers der Kurdischen Regionalregierung zur Einstellung dieser sogenannten Flaring-Praxis (Abfackeln) blieben bislang ohne Konsequenz.

Wie kann man das Umfeld beschreiben, in dem Sie arbeiten? Traditionalistisch oder eher offener, da sich durch die vielen Vertreibungen ja auch die Sozialstruktur verändert hat?

Ich finde es schwierig, mit diesen Begriffen zu arbeiten. Wegen der schlechten infrastrukturellen Anbindung und jahrzehntelangen Konfliktsituation ist die Region einerseits immer noch sehr traditionell und patriarchal organisiert; Frauen sind eingeschränkt in ihrer Mobilität. Gleichzeitig sind aber gerade durch die ganzen Verwerfungen auch verkrustete Normen und Rollen aufgebrochen. So lebten nach den Anfal-Operationen in den Umsiedlungslagern vor allem überlebende Frauen mit ihren Kindern, die meisten von ihnen sind Analphabetinnen aus abgelegenen dörflichen Kontexten. Aber dadurch, dass sie alle ihre Männer verloren, ihre Kinder über Jahrzehnte allein großgezogen haben und alle Arten harter »nicht frauenspezifischer« Arbeit tätigen mussten, um zu überleben, haben sie auch Dinge bewegt, die sich bis heute in Sulaimaniyya oder Erbil nicht bewegen. Ein kleines Beispiel: In der patrilinearen Gesellschaft holt ein Mann nach der Eheschließung seine Frau »nach Hause« in seine Vatersfamilie; niemals würde er in die Schwiegerfamilie ziehen. In Germiyan gibt es heute zahlreiche Töchter der zweiten Anfal-Generation, die ihre Ehemänner »nach Hause holen«, weil sie ihre Mütter nicht allein lassen wollen. Die überlebenden

Frauen waren nach Anfal die starke Gruppe, die den familiären und sozialen Wiederaufbau der Region vorangetrieben getrieben hat. Heute sind sie selbstbewusste Frauen, die für sich Gerechtigkeit, Entschädigungen und Erinnerungsorte einfordern und eine starke Stimme in der Öffentlichkeit haben.

Deshalb lässt sich das nicht in den Gegensätzen »traditionell/offen«, »modern/konservativ« oder »urban/ländlich« beschreiben. Es ist vielschichtiger. Weil die Leute hier so viele Katastrophen erlebt haben, sind sie wesentlich furchtloser. Wenn Proteste in Kurdistan aufflammen, ob im Kontext des Arabischen Frühlings oder der Streiks nach dem monatelangen Ausbleiben der Gehaltszahlungen im öffentlichen Dienst, dann ist Germiyan immer ein Hotspot, weil die Leute hier schneller und entschlossener auf die Straße gehen als etwa in Sulaimaniyya.

Eine Besonderheit in Germiyan ist, dass es bei gemischter Bevölkerung in Städten wie Kifri – hier gibt es kurdische, arabische und turkmenische Gemeinden –, die große Zahl an arabischen Geflüchteten, und die Nähe zu den arabisch-irakischen Provinzen des Irak und zum Iran viel mehr multiethnische und multireligiöse Begegnungen und Austausch gibt. Die meisten jungen Leute sprechen drei Sprachen, reisen in den Iran und die irakischen Provinzen, und auch im Jugendprojekt gibt es zahlreiche grenzüberschreitende und kurdisch-arabische Initiativen. Das bringt auch mehr Offenheit, mehr Bewegung, mehr Diversität in ihre Debatten. Da gibt es schon einen Unterschied zu den oft sehr homogen-kurdisch-nationalen Debatten in den Städten und intellektuellen Zentren der Region.

Wie ist das mit den »angry young men«, den Jungs, die auf Ärger aus sind? Gerade Jungen sind ja anfällig für die Faszination von Waffen und militärischen Gruppen. Hat sich durch die verschiedenen Projekte da etwas verändert?

Genau das war ja der Anstoß für das Projekt. Als der IS vorrückte, bestand natürlich die Gefahr, dass gerade in Germiyan, wo viele Leute keine Perspektive haben und entnervt von der politischen Führung sind, die Jungen sich entweder diesen Gruppen anschließen oder gegen diese Gruppen an die Front gehen. Hier hat das Projekt andere, alternative Räume aufgemacht, gezeigt, dass es noch etwas anderes gibt. Durch das Projekt hat sich ein ganzes Netzwerk in der Region gebildet, das Tätigkeitsfelder und Möglichkeiten für Jugendliche eröffnet. Wir können nicht vorhersehen, was daraus entsteht, aber allein in der ersten Projektphase haben sich über sechstausend Jugendliche hier engagiert. Als Erfolg sehe ich, dass die Jugendlichen nunmehr in der zweiten Projektphase ihre Initiativen stabilisieren und verstetigen, sie bilden sich fort, vernetzen sich und suchen auch jenseits der Unterstützung durch HAUKARI nach Finanzierungsmöglichkeiten. In Koordinierungstreffen kommen Delegierte aller im Projekt aktiven Gruppen zusammen, diskutieren aktuelle Entwicklungen in der Region und beteiligen sich an der Gesamtplanung des Projekts und der Bestimmung zukünftiger Schwerpunkte und Aktivitäten.

Ist die ältere Generation manchmal etwas neidisch auf die Jugend, wenn die soviel auf die Beine stellt?

Nein. Natürlich gibt es – wie überall – bei den Älteren eine gewisse Abwehr, wenn die Jungen mitreden wollen. Aber für die Älteren ist eine aktive neue Generation, die zweite Generation von Überlebenden der Anfal-Operationen, auch ein Triumph: Dass nach all der Zerstörung während der Anfal-Operationen nun junge Leute aus der Region als Abgeordnete im kurdischen und irakischen Parlament sitzen, Ingenieur*innen, Lehrer*innen, und Ärzt*innen sind, dass Germiyan in Kalar eine renommierte Universität hat, dass junge Leute die Zukunft der Region gestalten wollen – das schafft Genugtuung und Stolz, dass man dem Vernichtungswillen des irakischen Baath-Regimes widerstanden hat. Ich habe als Psychologin lange zu den Überlebensstrategien der Anfal-überlebenden Frauen geforscht; neben ihren kollektiven solidarischen Strukturen waren ihre Kinder eine wichtige Kraftquelle und Motor, die Jahre der Ungewissheit und des Überlebenskampfes nach den Operationen zu überstehen. Heute sind sie stolz auf die neue Generation.

Erinnerungsarbeit ist auch ein Thema im Jugendprojekt?

Ja, ein großes Thema. Die Jugendlichen kennen kein anderes Leben als das, was von Gewalt und Konflikten geprägt ist. Es gab den Terror des Baath-Regimes, den Iran-Irak-Krieg, interne Kämpfe, zwei US-Invasionen und dann schließlich ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien). Die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte, die Visualisierung der Narben der Gewalt in den Städten durch Erinnerungs- und Gedenkorte, sind ihnen wichtig. Dabei geht es aber nicht nur um das Gedenken an erfahrenes Leid und Verlust, sondern auch um Wiederaufbau und Errungenschaften.

Wir arbeiten seit vielen Jahren schon an einem Projekt mit Überlebenden der Anfal-Operationen, einer großen Gruppe von Frauen, die sich für eine selbstgestaltete und selbstverwaltete Erinnerungsstätte, das »Memorial Forum« in einem ehemaligen Umsiedlungslager einsetzen. Das Forum soll das Leid der Frauen ebenso wie ihren Überlebensstolz repräsentieren und Gedenkort und soziales Zentrum gleichermaßen sein. Über Jahre haben die Frauen mit Unterstützung von HAUKARI, dem Deutschen Auswärtigen Amt und im Austausch mit Künstler*innen, Architekt*innen, Erinnerungsprojekten in Deutschland, Überlebenden von Massakern und Genoziden im Südirak, Bosnien und Rwanda Gestaltungsentwürfe für das »Memorial Forum« entwickelt. Sie haben ein Baugrundstück und eine Finanzierungszusage der kurdischen Regierung erstritten. Dann kam das Projekt durch den Vormarsch von IS und die anschließend Finanzkrise zum Erliegen. Heute sind es vor allem junge Menschen, Überlebende der zweiten und dritten. Generation, die wieder Schwung in

Fotos: Haukari e.V.

das Projekt bringen und sich für seine Umsetzung engagieren.

Wer kommt zum Anfeuern, wenn die Mädchenmannschaft von Germiyan Fußball spielt?

Jedenfalls nicht nur Frauen. Vor etwa drei Jahren hatten wir in Rizgari den Aufbau einer Mädchenleichtathletikgruppe unterstützt, die dann in Erbil den zweiten Platz in der Regionalmeisterschaft geholt hat. Als die dann nach Rizgari zurückkam, wurde sie unglaublich gefeiert, von der ganzen Stadtbevölkerung. Wir haben in unserem Projekt eine Mädchengruppe, die das Fahrradfahren durchsetzen will. Fahrradfahren ist immer noch eine Jungssache, für Mädchen gilt das als nicht schicklich. Vor zwei Jahren hat die Gruppe dann eine große Mädchenrallye organisiert, für die die Hauptstraße gesperrt wurde. Das stieß auf unheimlich großen Zuspruch. Wenn Familien einmal zulassen, dass Mädchen sich beteiligen, dann ist auch die gesellschaftliche und soziale Reaktion positiv.

Wird es dann eine Rückstrahlung in konservativere Familien geben, wenn der Stolz auf die Kinder wächst?

Es sind natürlich kleine Schritte, und es wird immer Mütter geben, die ihre Mädchen nicht auf einem Fahrrad sehen wollen. Aber nach und nach begegnen wir im Stadtbild Mädchen auf Fahrrädern. Als wir 2014 mit der Parkbegrünung angefangen hatten, waren die Jungs die Aktivisten, jetzt pflanzen auch die jungen Frauen Bäume. Dass sie diese körperliche Arbeit in aller Öffentlichkeit leisten, sich fotografieren und im Fernsehen zeigen lassen, ist einer dieser kleinen Schritte. Dass die Frauenmediengruppe, die im Projekt aktiv ist, inzwischen wie selbstverständlich bei größeren Events im Projektrahmen die Moderation, journalistische Begleitung und immer mehr auch technische Aufgaben übernimmt, ein andrer.

In der Anfangsphase des Projekts wollten viele Frauen Nähkurse organisieren und daran teilnehmen. Die Lehrerinnen sind dann auch in die Dörfer gegangen, wo in den Häusern Nähmaschinen aufgestellt wurden. Das ist eigentlich eine traditionelle Sache, wo ich selber denke: »Ach nee, nicht schon wieder ein Frauen-Nähkurs.«

Als dann Corona und der Lockdown kamen, war das insbesondere für Frauen eine besondere Herausforderung. Sie mussten zuhause bleiben, durften nicht mehr in die Schule oder an die Uni. Und aus eben diesen Nähkursen bildete sich eine Frauenininitiative, die »Handicraft Ladies«, die tagtäglich im Jugendzentrum große Mengen an Schutzkleidung und Masken für die lokalen Krankenhäuser hergestellt haben. Die wurde richtig berühmt; aus ganz Kurdistan und auch aus Bagdad reisten Fernsehteams an, um die Frauen zu interviewen. Für die Frauengruppe war das eine wichtige und empowernde Erfahrung, und es gibt sie bis heute.

Überhaupt haben sich die im Jugendprojekt entstandenen Netzwerke während der Pandemie bewährt: Junge Menschen haben Masken verteilt, Aufklärungsvideos gedreht und einen Geschichtenwettbewerb über Social Media organisiert, um die soziale Isolation zu durchbrechen.

Damit sind wir wieder bei der Ermächtigung, dem Empowerment …

Das Konzept von Ermächtigung, Empowerment ist ja ein politisches. Da steckt das Wort Macht drin, also Infragestellung von Macht, Machtasymmetrien und eigene Gestaltungsmacht. Mich stört an manchen Empowerment-Projekten, dass da schon vorweggenommen wird, wozu junge Menschen »empowert« werden sollen, wie etwa »Empowerment für Frieden und Dialog«. Das finde ich absurd. Wenn ich Leute ermächtigen will, kann ich Räume und Ressourcen bereitstellen, aber ich kann nicht bestimmen, was sie dort zusammen machen wollen. Die Kunst ist es, eine Haltung zu entwickeln, ohne ein Ziel vorzugeben. Man kann Themen vorschlagen, Anstöße geben, aber nicht, wie die Leute das nutzen, das ist nicht »empowernd«. Ziele und Strukturen müssen die Leute selbst entwickeln. Natürlich gibt es auch bei uns Koordinierungstreffen, wo Wissen über NGO-Gründungen vermittelt wird, aber zentral ist die Bereitstellung von Räumen, in denen sich Kreativität und Selbstorganisation entfalten können.

Das Gespräch führte Mario Pschera

KARIN MLODOCH ist Psychologin, Gründungs- und Vorstandsmitglied und Projektkoordinatorin von HAUKARI e.V.

HERAUSGEBER:
SODI e.V.
Am Sudhaus 2 | 12053 Berlin
Tel.: (030) 920 90 93 - 0 | Fax - 29
info@sodi.de | www.sodi.de

V.I.S.D.P.: Anna Goos
REDAKTION: Mario Pschera
GESTALTUNG: Loki Graphik

DRUCK: Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG
DRUCKMANAGEMENT: Sievert Druck & Service GmbH

WEITWINKEL ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

AUFLAGE: 1.100
ISSN: 2627-4973

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C109521

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
22. Mai 2023

Die hier dargestellten Positionen sind die der Autor*innen oder Interviewpartner*innen und geben nicht zwingend den Standpunkt der Herausgebenden und/oder Fördernden wieder.

SODI ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich – kritisch sowie politisch und konfessionell unabhängig – für Gleichberechtigung in der Welt einsetzt.

SODI steht für Solidarität: Gemeinsam mit Initiativen und Organisationen des Globalen Südens engagieren wir uns für die Emanzipation der Menschen und stärken ihre aktive Teilhabe. Unsere Projektarbeit im Ausland verbinden wir mit unserer Bildungs- und Kampagnenarbeit in Deutschland und kämpfen so für einen Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit.

DZI Spenden-Siegel

Spendenkonto:
Solidaritätsdienst International e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE37 3702 0500 0001 0201 00
BIC: BFSWDE33BER

Spenden Sie auch bequem online:
www.spenden.sodi.de

Mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Nord-Süd-Brücken

stiftung nord-süd brücken

und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit – Berlin

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | BERLIN
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

Mitglied im Bündnis:

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE

HI[STORY] OF FOOD

UNSERE NAHRUNG UND IHRE GLOBALE BEDEUTUNG

Essen ist politisch! Deshalb blickt SODI auf die grenzüberschreitende Lebensmittelproduktion und fördert ein perspektivreiches Lernen.

SODIs entwicklungspolitisches multimediales Bildungsprojekt »Hi[story] of Food« macht verborgene Perspektiven sichtbar und zeigt auf, dass unsere täglichen Lebensmittel keineswegs selbstverständlich sind. Mit unserer neuen Projektreihe »More Stories of Food – Globale Zusammenhänge auf dem Teller« berichten wir über die Migrationsgeschichte von Pflanzen, die durch koloniale Ausbeutung geprägt ist und sich noch heute in ungerechten Lieferketten sowie Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen im Globalen Süden wiederfindet und weiterexistiert.

Die »Hi[story] of Food«-Wanderausstellung mit begleitendem Workshop- und Videoangebot öffnet Schüler*innen und allen Interessierten einen machtkritischen Blick auf unsere heutigen Essgewohnheiten und regt zum Nachdenken über alternative Handlungsmöglichkeiten an.

Die Ausstellung können Sie an folgendem Ort besuchen und die begleitenden Workshops buchen:

27. Juni – 2. Juli 2023
im FEZ-Berlin (Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide),
Straße zum FEZ 2, 12459 Berlin

30. August – 3. Oktober 2023
Grugapark – Glaspavillon, Messeplatz 1, 45131 Essen

Holen Sie sich jetzt das kostenfreie Bildungsangebot!
www.historyoffood.de

Für Fragen und weitere Informationen kontaktieren Sie uns jederzeit gern: globaleslernen@sodi.de